I. Neuaufbau nach der Katastrophe

Winfried Schulze

Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945:

Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe¹

Historiographieggeschichte ist wie alle Geschichte nicht nur Streben nach reiner Erkenntnis. Historiographieggeschichte ist in hohem Maße auch der Versuch der Selbstvergewisserung aus der Vergangenheit unserer Disziplin heraus, um in der Geschichtsschreibung der Gegenwart das vermeintlich Richtige tun zu können. Wir wollen unsere spezifische Betrachtungsweise von Geschichte legitimieren, als bedeutsam erweisen, als die immer schon richtige Form von Geschichte bestätigen, uns einer starken Tradition versichern oder uns kritisch von einer anderen absetzen. Dies macht die besonderen Schwierigkeiten einer Beschäftigung mit der Geschichte der Geschichtsschreibung aus.

¹ Die Publikation des erweiterten Münchener Vortrags gibt mir Gelegenheit, mich bei einer ganzen Reihe von Kollegen sehr herzlich für klärende Diskussionen und Materialhinweise zu bedanken. Ich nenne meine Bochumer Kollegen Wolfgang Köllmann und Hans Mommsen, dazu Notker Hammerstein (Frankfurt/M.), Ludwig Petry (Mainz), Heinz Gollwitzer (München), Fritz Fischer (Hamburg), Michael Erbe (Berlin), Werner Berthold (Leipzig), Rudolf Vierhaus (der mir freundlicherweise das Archiv des Verbands der Historiker Deutschlands zugänglich machte), Peter Schumann (Göttingen) und Hans-Ulrich Wehler (Bielefeld). Erich Meuthen bin ich für seine Einwilligung zur Benutzung des Archivs der Universität zu Köln zu Dank verpflichtet, Hans Mommsen für seine Bereitwilligkeit, mir den Nachlaß Wilhelm Mommsen zur Verfügung zu stellen, Hans Rosenberg für die Einsichtnahme in seine Akten und die Einwilligung, aus ihn betreffenden Personalakten zitieren zu dürfen. Frau Else Wühr (Grassau) und Frau Dr. Marianne Stadtmüller (München) halfen mir mit Informationen und Material über die Tätigkeit ihrer verstorbenen Gatten. – Schließlich habe ich sehr herzlich meinem Mitarbeiter Thomas Nieding zu danken, der mir bei der Vorbereitung durch seine selbständige Auswertung der Literatur und der Vorlesungs- und Dissertationsverzeichnisse sowie bei vielen Recherchen eine große Hilfe war. Bei der Vorbereitung dieses Aufsatzes erwies es sich sehr bald als unmöglich, die Fülle des inzwischen ermittelten Materials in einem – ohnehin schon sehr umfangreichen – Beitrag für einen Sammelband unterzubringen. Ich werde deshalb 1989 eine selbständige Schrift über die deutsche Geschichtswissenschaft zwischen 1945 und 1958 publizieren.

Ein zentrales Problem stellt dabei zweifellos die Koordination von real sich verändernder historischer Erfahrung einerseits und geschichtlichem Denken andererseits dar. Wie verhält sich Geschichtswissenschaft zu politisch-sozialer Diskontinuität, zu revolutionärer Erfahrung, wie verhält sie sich unter den Bedingungen moderner industrieller Gesellschaften zu wesentlichen Veränderungen politisch-sozialer-technologischer Art? Welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen für staatliche Instanzen, welche Spielräume ergeben sich für das „Subsystem“ Geschichtswissenschaft in demokratisch und nichtdemokratisch verfaßten Gesellschaften? In welchem Ausmaß und wodurch bedingt sind Innovationen möglich? Wie bewältigt Geschichtswissenschaft schließlich militärische Niederlagen oder gar den Verlust nationaler Identität?

Alle diese Fragen treffen zusammen, wenn wir uns mit der deutschen Geschichtswissenschaft nach der militärischen Niederlage des „Dritten Reiches“ beschäftigen und nach dem Neubeginn dieser Geschichtswissenschaft fragen. Man kann bei einem Überblick über den Forschungsstand ganz gewiß nicht davon reden, daß sich das besondere Interesse der Historiker auf diesen Punkt konzentriert habe, wobei dieses Urteil vor allem für die Geschichtswissenschaft der späteren Bundesrepublik Deutschland gilt. Der Neuaufbau einer marxistisch orientierten Geschichtswissenschaft in der DDR hat sowohl dort als auch in der Bundesrepublik relativ starke Aufmerksamkeit gefunden². Nennt man für die bundesrepublikanische Entwicklung die einschlägigen Aufsätze Hans Mommsens, Günter Birtschs, Ernst Schulins, Bernd Faulenbachs, Imanuel Geiss', Peter Schumanns und Dieter Heins, den Vortrag Werner Conzes, die hier relevanten Bemerkungen von Georg Iggers, dann hat man schon die wesentlichen zusammenfassenden Aussagen über die Rekonstruktionsphase genannt, auch wenn sich diese der unmittelbaren Nachkriegszeit oft nur sehr kurz zuwenden³. Dabei betone ich das Wort zusammenfassend, denn natürlich finden wir in vielen Biographien, Nekrologen, Universitäts- und Fakultätsgeschichten eine Fülle einzelner Hinweise auf

² Dies gilt sowohl für die Forschung in der DDR wie in der Bundesrepublik. Ich verweise hier pauschal auf die Arbeiten von *Günther Heydemann*, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Theorie- und Methodenprobleme in der BRD und der DDR (Frankfurt/M. 1980); *Dieter Riesenberger*, Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR (Göttingen 1973); *Andreas Dorpalen*, Geschichtswissenschaft in der DDR, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland (München 1974) 121–137 und *ders.*, German History in Marxist Perspective. The East German Approach (London 1985) bes. 46 ff. – Zuletzt der knappe Forschungsbericht von *Günther Heydemann*, Zwischen Diskussion und Konfrontation – Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1950, in: *Christoph Cobet* (Hrsg.), Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950 (Frankfurt/M. 1986) 12–29 mit weiterer Literatur. Für die DDR vor allem *Werner Berthold*, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution (Berlin 1970).

³ Die einzelnen Titel werden später gesondert genannt. Zu den grundlegenden Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens auf diesem Gebiet gehören auch die Arbeiten von *Wolfgang Weber*, Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft oder Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft (Frankfurt/M., Bern, New York 1984) und *ders.*, Biographisches Lexikon zur Geschichte der Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz (ebd. 1984).

unser Thema. Aus den verfügbaren publizierten Quellen ragen die Briefeditionen von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter ohne Zweifel hervor.

In der bisherigen Forschung ist mit der naheliegenden Vermutung aufgeräumt worden, als sei die Niederlage von 1945 zu einem wirklichen „Nullpunkt“ in der Entwicklung der Geschichtswissenschaft geworden. Hans Mommsen hat ausdrücklich betont, daß das Jahr 1945 für die Geschichtswissenschaft – wie überhaupt für die deutsche Geschichte – „keineswegs eine so tiefgreifende Zäsur, wie das von den Historikern damals empfunden wurde“, darstellte⁴. In sehr viel stärkerem Maße, als dies zunächst angesichts der Nichtexistenz deutscher Staatlichkeit denkbar erschien, habe sich vielmehr eine Rückkehr zu den tradierten methodologischen Konzeptionen und inhaltlichen Grundorientierungen ergeben. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zur Beobachtung Wolfgang J. Mommsens, „daß die Ungeheuerlichkeit der jüngsten Vergangenheit zu einer absolut ehrlichen Überprüfung der Traditionen und Ansichten der deutschen Geschichtswissenschaft zwang“⁵, während Georg Iggers davon spricht, daß der „Übertritt vom Dritten Reich in die Nachkriegszeit für die deutschen Historiker ziemlich glatt und schmerzlos verlief“. Gleichwohl hat aber auch er nach 1945 einen wesentlich tieferen „Bruch mit den politischen und geschichtswissenschaftlichen Traditionen“ festgestellt als etwa nach 1918. Zuletzt hat Dieter Hein eine differenzierte Bewertung von Kontinuitätslinien und Neuansätzen vorgeschlagen und vor allem die nach 1949 begonnene Zeitgeschichts- und Parlamentarismusforschung der Habenseite der Disziplin gutgeschrieben⁶. Deshalb wird dem Problem des „Bruchs von 1945“ noch besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein⁷.

Ernst Schulin hat diese Befunde dahingehend zusammengefaßt, daß er von einem „politisch-moralisch gezähmten Historismus“ als dem Grundton der Geschichtswissenschaft dieser Jahre gesprochen hat, dabei vor allem abhebend auf das allenthalben spürbare neue Gefühl einer moralischen Verantwortlichkeit des Historikers in seiner Zeit. Hans-Günter Zmarzlik hat in seinem selbstkritischen Rückblick auf die Zeit nach der Niederlage ironisierend davon gesprochen, daß seine Generation „aus National-Trompetern zu Moral-Trompetern oder Kultur-Cellisten“ geworden sei⁸. Diese politik- und geistesgeschichtliche Variante des Historismus habe – so die weitere These Schulins – zugleich eine wichtige Funktion insofern erfüllt, „als ohne sie eine Erfassung und wirksame geistige Überwindung von Geschehen und Geschichtsbild der jüngsten deutschen Vergangenheit gar nicht möglich gewesen“ wäre⁹.

⁴ Hans Mommsen, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland* (München 1974) 125.

⁵ Wolfgang J. Mommsen, Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 7 (1981) 149–188, hier 151 ff.

⁶ Dieter Hein, Geschichtswissenschaft in den Westzonen und der Bundesrepublik 1945–1950, in: Christoph Cobet (Hrsg.), *Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950* (Frankfurt/M. 1986) 30–40.

⁷ Georg G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart* (München 1971) 327.

⁸ Hans-Günter Zmarzlik, *Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit?* (München 1970) 26.

⁹ Ernst Schulin, *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken* (Göttingen 1979) 140.

I

Wir müssen zunächst fragen: Was ist in den Jahren 1945–1949 überhaupt deutsche Geschichtswissenschaft? Wenn Gerhard Ritter später im Rückblick auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre davon sprach, damals habe es gar keine deutsche Geschichtswissenschaft gegeben, sie sei bis zum Sommer 1949 „nicht wieder aufgelebt“¹⁰, so widersprach dem zumindest schon im Sommersemester 1949 die Lehrveranstaltung des Bonner Historikers Hans Hallmann, der sich „Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945“ als Seminarthema vornahm¹¹. Angesichts alliierter Verbote und Umerziehungsmaßnahmen, dem anfänglichen Verbot des Schulfachs Geschichte, der Außerkraftsetzung des bisherigen Geschichtsbildes auf der Grundlage der Direktive JCS 1067 muß diese Frage an den Anfang gestellt werden. Welche Äußerungen finden sich überhaupt, die wir heute als qualifizierte Aussagen heranziehen können für eine Zeit, in der es manchen Historikern ganz sinnlos erschien, sich noch mit deutscher Geschichte zu beschäftigen, da es doch kein deutsches Volk mehr gebe¹². Reicht die Tatsache aus, daß die Jahresberichte für deutsche Geschichte 1947 von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin weitergeführt wurden, daß die Monumenta Germaniae Historica in der Abgeschiedenheit des fränkischen Pommersfelden ihre Arbeit fortsetzten oder die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ihren Präsidenten wechselte und ihre Mitglieder sich im Herbst 1946 zu einer ersten Sitzung trafen, um von einem Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft zu sprechen?

Das größte Problem besteht ganz sicherlich darin, daß wir aus der Zeit zwischen 1945 und der Neugründung des Historikerverbandes bzw. dem ersten Historikertag in München 1949 keine Äußerungen haben, die man als repräsentativ bezeichnen könnte, auch nicht im übertragenen Sinne, weil das kontrollierende Element einer funktionierenden fachlichen oder öffentlichen Diskussion fehlte. Überspitzt läßt sich sagen, daß man zwischen Mai 1945 und der Wiedereröffnung der Universität Göttingen und den dann schnell folgenden anderen Universitäten nur Individuen ausfindig machen kann, die sich zu historischen Fragen äußern. Wir finden existenziell betroffene Menschen, die in den Wirren des Kriegsendes irgendwo Unterschlupf gefunden haben, die ihre Angehörigen suchen, aller institutionellen Bindungen verlustig gegangen und ohne feste Zukunftserwartungen, die in Gefangenschaft waren oder gerade entlassen wurden, allein dazu verurteilt, mit der Niederlage, ihren Folgen und der Zerschlagung des Nationalstaats fertig zu werden.

Die herausragenden Äußerungen aus dieser Phase sind gewiß die Bücher von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter, die als erste den Versuch einer Bilanzierung des Geschehenen unternahmen. Sowohl die zeitgenössische Reaktion auf diese Bücher als

¹⁰ *Gerhard Ritter*, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: GWU 1 (1950) 81–96, 129–137, hier 135.

¹¹ Vorlesungsverzeichnis Bonn, SS 1949, S. 75.

¹² Dieses Zitat nach *Paul Egon Hübinger*, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: GWU 1 (1950) 385–401, hier 388.

auch die Position beider Historiker vor und nach 1945 rechtfertigen die Beschäftigung mit Meineckes „Deutscher Katastrophe“ und Ritters „Geschichte als Bildungsmacht“, beide im Jahre 1946 erschienen. Sie bilden freilich nur einen Ausschnitt der insgesamt reichhaltigen Revisionsliteratur nach 1945¹³. Erinnert sei an Autoren wie Alexander Abusch, Fritz Harzendorf, Fritz Helling, Gustav Büscher, Karl Siegfried Bader, Otto Heinrich von der Gablentz, Alfred von Martin und schließlich auch Karl Jaspers. Hinzuweisen ist aber auch auf die Bücher von Ulrich Noack, Fritz Rörig und Gerd Tellenbach, die ebenfalls unmittelbar nach Kriegsende entstanden und eine Deutung der Situation versuchten¹⁴. Gleichwohl spricht angesichts der Position Meineckes und Ritters innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und der Reaktion auf diese Bücher viel dafür, hier vor allem ihre Stellungnahmen näher zu untersuchen.

Wenn wir nach weiteren Aussagen für unsere Fragestellung suchen, dann müssen wir weiterhin die neuen Lizenzzeitschriften einbeziehen, die das bemerkenswerteste neue Medium kultureller Öffentlichkeit darstellten. Hier wurden vielfach Fragen der deutschen Traditionen, der Kollektivschuld und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus erörtert, wobei sich jedoch weit häufiger Publizisten und Schriftsteller als Historiker zu Wort meldeten.

Eine dritte wichtige Quellengruppe stellen schließlich die Vorlesungen und Seminare und die reiche Vortragstätigkeit der Universitäten dar, die ja außerordentlich schnell wieder ihren Lehrbetrieb aufnahmen. Vereinzelt sind hier Vorlesungen oder Vorlesungseinleitungen publiziert worden, wie z. B. die erste Vorlesungsstunde des Göttinger Historikers Siegfried A. Kaehler vom Herbst 1946¹⁵. Daneben müssen aber auch die Themen der Vorlesungen, Seminare und Doktorarbeiten untersucht werden, wenn wir verlässliche Auskunft über die Frage nach Stagnation oder Neubeginn erhalten wollen.

Eine vierte Quellengruppe stellt schließlich das Material dar, das im Kontext der Neugründung des Historikerverbandes, des ersten Historikertages in München 1949 und der ersten Teilnahme am Internationalen Historikerkongreß in Paris 1950 entstanden ist. Damit können allerdings nur einige exemplarische Materialgruppen aus einem insgesamt reichen Quellenbestand benutzt werden.

II

Friedrich Meineckes Buch „Die deutsche Katastrophe“ ist bislang überwiegend unter dem Gesichtspunkt seiner politischen Grundüberzeugung untersucht worden, und es bestand in der ersten Phase der Diskussion über dieses Buch die Tendenz, diese Schrift eher als autobiographischen Text zu interpretieren denn als wissenschaftliche

¹³ Vgl. dazu etwa *Gerhard Hay* (Hrsg.), *Zur literarischen Situation 1945–1949* (Kronberg 1977).

¹⁴ *Ulrich Noack*, *Deutschlands neue Gestalt* (Frankfurt 1947); *Fritz Rörig*, *Geschichte und Gegenwart* (Berlin 1946) und *Gerd Tellenbach*, *Die deutsche Not als Schuld und Schicksal* (Stuttgart 1947, geschrieben im Sommer 1945).

¹⁵ Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte, in: *Die Sammlung* 1 (1945/46) 140–153.

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und als Versuch einer Ortsbestimmung der Nation nach der Katastrophe. Eugen Kogon hat sie voller Hoffnung in seiner Rezension in den „Frankfurter Hefte“ als „Beginn der Geschichtsrevision“ gewürdigt, ohne freilich Halbheiten und problematische Passagen zu übersehen¹⁶. Die Arbeit, gewiß entstanden unter dem unmittelbaren Erlebnis des Kriegsendes, darf weniger unter dem relativierenden Eindruck der Historismuskussion gelesen werden als vielmehr im Zusammenhang der verzweifelten Suche nach den Gründen für die „deutsche Katastrophe“.

Zunächst scheint mir die Zumutung gegenüber sich selbst bemerkenswert, mit der der 84jährige Historiker, der durch ein Augenleiden an umfangreicher Lektüre gehindert war, sich dem Zwang zur Rechenschaft unterwarf. Niemand konnte in der Situation der Evakuierung in einem fränkischen Dorf und seit Mitte August in Göttingen von diesem Mann erwarten, selbstkritisch zur eben zu Ende gegangenen Geschichte des Dritten Reiches Stellung zu nehmen. Und jeder hätte vermutlich einer emotionalen Reaktion persönlicher Verzweiflung Verständnis entgegengebracht. Meinecke jedoch leistete erheblich mehr. Der Mann, der sich, wenn auch als „Vernunftrepublikaner“, loyal zur Weimarer Republik verhalten hatte¹⁷, der sich aus gutem Grunde zum „geistigen und politischen Gegenlager“ Hitlers rechnen durfte, der in seinem Alter noch von Männern des Widerstandes ins Vertrauen gezogen worden war, beließ es nicht bei der naheliegenden Erklärung des „Hitlerismus“ aus dem Zufall, d. h. aus den Imponderabilien der deutschen Innenpolitik der frühen 30er Jahre. Der Nationalsozialismus Hitlers war für Meinecke darüber hinaus „keine bloß aus deutschen Entwicklungskräften abzuleitende Erscheinung“, sondern er hatte „auch bestimmte Analogien und Vorstufen in den autoritären Systemen der Nachbarländer“.

Diese Vergleiche hatten jedoch nicht – wie angesichts aktueller Diskussionen leicht zu vermuten wäre – die Funktion der Entlastung der Deutschen, sondern sie fügten sich in ein Interpretationsmodell der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, das darauf abzielte, die großen Entwicklungslinien herauszuarbeiten und daraus die aktuelle Lage zu erklären. Diese Entwicklungslinien sah Meinecke vor allem in den „beiden Wellen des Zeitalters“, d. h. der sozialistischen und der nationalen Bewegung, deren soziale Ursachen er klar erkannte – so klar, daß er sich entschuldigen zu müssen glaubte, der von ihm bevorzugten geistesgeschichtlichen Methode untreu geworden zu sein. Im Verhältnis beider Bewegungen meinte er den Schlüssel zur Erklärung der jüngsten Vergangenheit zu sehen.

Diese Grundeinsicht machte es ihm auch möglich, zu einer differenzierten Betrachtung des Preußentums vorzustoßen, dessen „zwei Seelen, eine kulturfähige und eine

¹⁶ Frankfurter Hefte 8 (1946) 776 ff. Wolfgang Wippermann hat demgegenüber zu Recht Meineckes Schrift als systematische Analyse des Nationalsozialismus als Teil des europäischen Faschismus gewürdigt und damit die besondere Qualität dieses Versuchs hervorgehoben. Vgl. ders., Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“. Ein Versuch zur deutschen Vergangenheitsbewältigung, in: Michael Erbe (Hrsg.), Friedrich Meinecke heute (Berlin 1981) 101–121.

¹⁷ Vgl. zuletzt dazu Harm Kluiting, „Vernunftrepublikanismus“ und „Vertrauensdiktatur“. Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik, in: HZ 242 (1986) 69–98.

kulturwidrige“, er im Vorgriff auf moderne Interpretationen erkannte, dessen „merkwürdig penetranter Militarismus“ ihm nicht verborgen blieb, dessen „Uniformierung“ und „gedankenlose Unterwürfigkeit“ übersehen zu haben, er sich und seiner Generation vorwarf. Er machte sich die späten Warnungen eines Theodor Fontane vor dem „Borussismus“ zu eigen, der in Verbindung mit dem „Militarismus“ eine „schwere Hypothek“ sah, „die auf dem Werk Bismarcks lag“. Im Kampf von 1866 und im Krieg von 1870/71 wollte er jetzt schon die „Keime des späteren Unheils“ erkennen, zumal die Versuche zur friedlichen Vereinigung von nationalen und sozialen Gedanken – etwa im Werk Friedrich Naumanns – mißlangen. Der Riß wurde vertieft durch das Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Die fatale Wende in der Entwicklung des deutschen Bürgertums sah er in der Vaterlandspartei und in der Dolchstoßlegende. Sie markierten die Unvereinbarkeit der beiden Grundbewegungen des Zeitalters, der Boden für eine Übersteigerung des Machtwillens war mit ihnen gegeben.

Meineckes Abhandlung, obwohl prinzipiell der Chronologie der deutschen und europäischen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts folgend, ist jedoch kein bloßer Abriss der Ereignisse. Immer wieder blendet er in die Analyse des Prozesses systematische Überlegungen über die wirkenden Faktoren der Geschichte ein, wie wir dies bei den beiden „Wellen des Zeitalters“ schon gesehen haben. Zwischen Nachkriegszeit und Drittes Reich schob er eine interessante Betrachtung zur Sozialpsychologie der modernen Welt ein, die er durch die „Verdrängung des homo sapiens durch den homo faber“ charakterisiert sah. Darunter verstand er die mit der Vermehrung technisch-wissenschaftlicher Berufe einhergehende Schwächung der alteuropäischen Vernunft und Vernachlässigung der „irrationalen Seelentriebe“. Dadurch konnte aus dem nüchternen Fachmann der Fanatiker, der Monomane, der moderne Typ des Weltverbessers entstehen. Rosenberg und Hitler waren für ihn Beispiele dieser Entwicklung.

Man wird zugeben müssen, daß Meineckes idealistisches Vokabular manchmal von der Ernsthaftigkeit und Tiefe der Analyse ablenkt, die hier vorgelegt wurde und die in mancher Hinsicht Einsichten vorwegnimmt, wie sie später in Hans Freyers „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ von 1955 entwickelt wurden. Für unseren Zusammenhang macht dieser Gang der Gedanken aber deutlich, daß hier von Meinecke Analyseverfahren herangezogen und empfohlen wurden, die bislang nicht im Arsenal des tradierten Historismus zu finden waren, die vielmehr aus den Arbeiten der zeitgenössischen Soziologen stammten. Auch hier schlug Meinecke wieder die Brücke zu seinem preußisch-deutschen Hauptstrang, wenn er die Vorformen dieses „modernen technisch utilitaristischen Geistes“ schon im preußischen Militarismus eines Friedrich Wilhelm I. angelegt sah. Er verfolgte diesen Gedanken kritisch weiter bis in die Geschichte der Reichswehr im Weimarer Staat, und in diesen Passagen wird die Analyse oft mit autobiographischen Zeugnissen des Verfassers belegt, wenn Meinecke seine vielfältigen Unterhaltungen etwa mit General Groener nutzte.

Meineckes Analyse erreicht zuweilen eine Eindeutigkeit der Aussage, daß er vor dem Ungeheuerlichen zurückzuschrecken scheint, das er hier aussprechen muß, dem einmal betretenen Pfad der Erkenntnis folgend. Scharf setzt er die „wehrlosen Professoren von 1848“ vom „wehrhaften Junker Otto von Bismarck“ ab. Die „entscheidende Deviation von den westeuropäisch-liberalen Ideen“ war 1848 erfolgt, jetzt konnte man

sich eines spezifisch deutschen Weges zur Einheit rühmen. Freilich gab sich Meinecke keinem Kurzschluß zwischen diesen von ihm erkannten Grundproblemen und dem Sieg des Nationalsozialismus hin. Seine Analyse der Jahre 1930–1933 – häufig belegt mit persönlichen Erinnerungen an Gespräche mit handelnden Zeitgenossen – kreiste um die Begriffe von „Zufall“ und „Allgemeinem“, und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Sieg Hitlers für ihn nicht notwendig war.

Es können hier nicht alle Teile der Schrift in gleicher Breite analysiert werden. Wesentlich erscheint, daß Meinecke alles tat, um nicht neue Rachegefühle gegen die Sieger zu provozieren. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten „trifft uns leider nicht schuldlos“ und auch für die radikale Ausmerzungen aller nationalsozialistischen Ideen sah er allen Anlaß auf seiten der Sieger, wenn er sie auch vor unterschiedsloser Bestrafung warnte. Aus dieser Haltung heraus formulierte er seine zentrale Forderung im letzten Kapitel der Schrift unter dem Titel „Wege der Erneuerung“. „Der radikale Bruch mit unserer militaristischen Vergangenheit, den wir jetzt auf uns nehmen müssen, führt uns aber auch vor die Frage, was aus unseren geschichtlichen Traditionen überhaupt nun werden wird. Unmöglich und selbstmörderisch wäre es, sie in Bausch und Bogen ins Feuer zu werfen und uns als Renegaten zu gebärden. Aber unser herkömmliches Geschichtsbild, mit dem wir groß geworden sind, bedarf jetzt allerdings einer gründlichen Revision, um die Werte und Unwerte unserer Geschichte klar voneinander zu unterscheiden.“

Dies scheint die zentrale Botschaft von Meineckes Analyse zu sein und nicht seine eher am Rande vorgetragene Empfehlung zur Bildung sog. „Goethe-Gemeinden“, die oft mit spöttischem Unterton zitiert worden ist¹⁸. Im übrigen beweisen die unmittelbaren Nachkriegsjahre mit ihrem Rückzug auf die klassische Literatur und die dort vermutete moralische Kompetenz, daß Meinecke hier zumindest in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Grundthema dieser Jahre argumentierte. Doch ist dies wirklich nur ein marginaler Aspekt, der nicht die beachtliche analytische Leistung Meineckes verdecken soll, die auch durch die Rezensionen belegt wird, die diese Schrift erfuhr.

Gerhard Ritters Stellungnahme nach der Niederlage unterschied sich erheblich von der Analyse Meineckes. Dies hing zunächst einmal mit dem ganz offensichtlich unterschiedlichen Informationsstand beider Historiker zusammen. Im Unterschied zu dem auf private Kontakte angewiesenen Meinecke hatte Ritter während des Krieges durch Vermittlung von Adam von Trott zu Solz für das Auswärtige Amt eine Analyse der alliierten Kriegspropaganda gegenüber Deutschland erarbeitet und wußte von daher um die Stereotypen einer zu erwartenden Politik der „Reeducation“. Schon in der von ihm redigierten „Freiburger Denkschrift“ vom Januar 1943 hatte er sich gegen die Theorie eines „Irrweges“ der gesamten neueren deutschen Geschichte verwahrt, und es entsprach dieser Grundauffassung, wenn er jetzt die Gelegenheit nutzte, in seiner 1946 erschienenen Schrift und in vielen anderen Zeitschriftenveröffentlichungen und Vorträgen gegen eine solche Pauschalverdammung der deutschen Geschichte seine Stimme zu erheben. Er konnte dies um so eher tun, als er während der Naziherrschaft

¹⁸ Zuletzt dazu K. Schwab, Zum Goethe-Kult, in: Gerhard Hay (Hrsg.), Zur literarischen Situation 1945–1949 (Kronberg 1977) 240–251.

in klarer Gegnerschaft zum Regime gestanden hatte, das ihn schließlich noch im Frühherbst 1944 in Haft genommen hatte¹⁹, aus der er erst durch das Herannahen der Russen befreit wurde.

Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß Ritters zuweilen verbale und in nationalen Fragen auch inhaltliche Übereinstimmungen mit der nationalsozialistischen Bewegung auch noch nach dem Krieg für mancherlei Irritationen über seine Stellung dem Regime gegenüber gesorgt haben. Dabei steht seine eindeutige Haltung zum Regime selbst und seine innere Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung außer Zweifel. Sie ist der deutliche Beweis dafür, daß Ritter sich in seiner Haltung den Nationalsozialisten gegenüber in dem klassischen Dilemma aller konservativen Kräfte befand, die sich durchaus in der Lage sahen, ein Stück des Weges mit den Nationalsozialisten gemeinsam zu gehen, solange es z. B. um die Revision des Versailler Friedens ging²⁰.

Ritter pflegte in diesen Nachkriegsjahren die von ihm attackierte Neigung zur pauschalen Verurteilung der neueren deutschen Geschichte als „Vansittartismus“ zu bezeichnen. Dahinter verbarg sich eine antideutsche Haltung, die in England entscheidend von dem Ersten Diplomatischen Berater (bis 1941) im Foreign Office Lord Vansittart geprägt worden war und die – in dessen eigenen Worten – keineswegs auf die völlige Vernichtung Deutschlands abzielte, sondern auf „disarmament“ und „reeducation“²¹.

Dieser Versuch der Abwehr einer pauschalen Fehlinterpretation war jedoch keineswegs das alleinige Ziel von Ritters erster Stellungnahme in Buchform, die unter dem Titel „Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung“ erschien²². Daneben ließ Ritter keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es einer „totalen Umstellung unseres deutschen Geschichtsdenkens“ bedurfte. Seine Kritik an „Staatsvergötzung“, Machtpolitik, Alldeutschtum und anderen Übersteigerungen läßt sich bei sorgfältiger Lektüre herausfinden, aber sie prägt nicht den Charakter dieser Schrift. Für den Leser des Jahres 1946 (und der folgenden Jahre, denn es erschienen noch zwei weitere Auflagen sowie Übersetzungen) mußte gerade die Verbindung von der Zurückweisung Vansittart'scher Überlegungen und begrenzter Kritik an einigen Fehlentwicklungen und Übersteigerungen den Eindruck erwecken, daß hier eine in Maßen selbstkritische, aber doch auch selbstbewußte Stellungnahme vorgelegt worden war, die jedenfalls den Eindruck vermied, daß sich die Nation in Sack und Asche zu hüllen habe. Keine „Selbstüberhebung“, aber auch keine „würdelose Selbstent-

¹⁹ Vgl. dazu die biographische Skizze von Andreas Dorpalen in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Deutsche Historiker I* (Göttingen 1971) 86–99, hier 92.

²⁰ Ich verweise für die Biographie Ritters zusätzlich auf die neueste Skizze von *Klaus Schwabe*, *Gerhard Ritter – Werk und Person*, in: *ders., Rolf Reichardt* (Hrsg.), *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen* (Boppard 1984) hier bes. 56 ff. Vgl. jetzt dazu die ergänzende Rezension von *Max Müller*, *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker*, in: *Historisches Jahrbuch* 106 (1986) 119–134, die freilich nicht auf die scharfen Auseinandersetzungen Ritters mit einzelnen katholischen Historikern eingeht.

²¹ Vgl. *Lord Robert Gilbert Vansittart, Lessons of my Life* (New York 1943) XX und 20 ff. („Vansittartism“) und *ders., Black Record. Germans Past and Present* (London 1941).

²² Erschienen 1946 in Stuttgart bei Brockhaus, 53 S.

ehrung“ war das Motto der Schrift, vielleicht erklärbar bei einem Manne, der aus konservativen Grundpositionen heraus zum Widerstand gegen das Regime gefunden hatte. Seine Absichten in dieser Neubesinnungsdebatte beschrieb Ritter, noch einmal „nicht ohne Bitterkeit“ rückschauend, im Jahre 1950, als er im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Gründung des „Instituts für Zeitgeschichte“ öffentlich angegriffen wurde: „Seit 5 Jahren kämpfe ich nun allein auf weiter Flur stehend meinen Kampf für eine vernünftige Selbstbesinnung der deutschen Geschichtswissenschaft ohne voreilige Preisgabe großer Traditionen.“²³

Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich den Erfolg eines solchen Programms insgesamt vorsichtiger Revision vorstellen zu können. Das soll nicht heißen, daß es an Ritters Person und Programm nicht Kritik gegeben hätte, gerade aus dem unmittelbar nach Kriegsende starken christlich-abendländischen Denken heraus mochte Ritters Ortsbestimmung in ihrer preußenfreundlichen Sicht zu wenig radikal erscheinen. Schon vor der Auseinandersetzung um Ritters Rolle bei der Gründung des „Instituts für Zeitgeschichte“ war Ritter 1949 im „Rheinischen Merkur“ angegriffen worden, weil er nicht an dem von der französischen Kultusverwaltung organisierten Treffen französischer und deutscher Historiker in Speyer teilgenommen hatte und deshalb als „Saboteur der internationalen Verständigung“ und „geistiger Nachfahre Treitschkes“ kritisiert worden war²⁴.

Ein anderer Gesichtspunkt soll hier herausgehoben werden, der sowohl bei Meinecke als auch bei Ritter auffällt. In beiden Fällen geht es eigentlich nicht um eine Revisionsdiskussion, die unter methodologischen Gesichtspunkten für uns interessant wäre. Von beiden Historikern wurden vorwiegend Inhalte und forschungsleitende Begriffe, Ideen und Interpretamente kritisiert und in Frage gestellt, nicht aber Forschungsmethoden. Am ehesten kamen diese Fragen noch bei Meinecke ins Blickfeld, wenn er von den sozialen Wandlungen des 19. und 20. Jahrhunderts als der entscheidenden Ursache aller Veränderungen sprach, ja sich sogar entschuldigte, sich damit vielleicht von der ideengeschichtlichen Methode zu entfernen. Bei Ritter aber ist ein Reflektieren methodologischer Probleme nicht zu erkennen, so daß seine behutsame Kritik an bestimmten überzogenen Interpretationen eigentlich methodisch folgenlos bleiben mußte, wie seine späteren Aussagen zu diesem Problem noch deutlicher zeigen werden.

Fragt man nach dem Grund für dieses Defizit, denn angesichts des häufigen Vergleichs mit der politisch-sozialen Entwicklung Westeuropas hätte man solche Gedanken erwarten können, drängt sich die Überlegung geradezu auf, daß es die Dominanz eines bestimmten Geschichtsbildes war, das hier auf methodologischem Gebiet eine Revision verhinderte. Bei beiden Historikern nämlich findet sich eine durchgehende Linie der Interpretation des 20. Jahrhunderts. Dieses Jahrhundert ist für sie durch „Vermassung“ und „Massenmenschentum“ geprägt. Hier droht die eigentliche Gefahr, hier liegt das Potential für soziale Unruhe und politische Verführbarkeit.

²³ Ritter an Percy Ernst Schramm am 10. 5. 1950, Archiv VHD 2. (Das Archiv des VHD befindet sich im Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen.)

²⁴ So Ritter in einem Rundschreiben an den Vorstand des VHD am 9. 5. 1949 in Archiv VHD 2.

Ritter hat vor allem in seiner 1948 erschienenen Schrift „Europa und die deutsche Frage“ in der Entstehung eines „entpersönlichten Massenmenschentums vor allem als Folge des Ersten Weltkrieges“ eine wesentliche Voraussetzung der faschistischen Bewegungen gesehen. Bei Meinecke ist die „Vermassung“ geradezu die Signatur des 20. Jahrhunderts. Gegen solche universalen Tendenzen half in der Sprache Ritters nur die Vernunft eines starken Staates, nur er konnte den Ausgleich der widerstrebenden Interessen herbeiführen. Die Folge eines solchen Verständnisses war nicht nur eine begrenzte Wertschätzung der Demokratie, die nur als „elitäre“ Demokratie gedacht werden konnte²⁵, sondern auch das evidente Defizit geeigneter Kategorien zur Analyse von Massenphänomenen, also der Gesellschaft. Es ist durchaus charakteristisch, wenn Ritter in seiner Genealogie des egalitären Massenstaates auf Rousseau und auf die jakobinische Phase der Französischen Revolution zurückgriff, wo die Entartungsmöglichkeiten der Demokratie schlagend unter Beweis gestellt schienen²⁶. Es scheint, daß es die Gesellschaftsferne sowohl Ritters als auch Meineckes war, die den Grund dafür bildete, daß die Kritik der herkömmlichen Geschichtswissenschaft inhaltlich blieb und keine methodischen Folgewirkungen zeitigen konnte. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es die gesellschaftlichen Veränderungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gewesen waren, die an vielen Orten in Europa eine „andere“ Geschichtswissenschaft hervorgerufen hatten²⁷, mag das Manko einer Geschichtsauffassung noch deutlicher werden, die noch nach 1945 dem Phänomen der modernen industriellen Gesellschaft und der ihr adäquaten demokratischen Ordnung hilflos, wenn nicht gar mit Ablehnung gegenüberstand.

III

Wir haben bislang mit Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter zwei Historiker zu Wort kommen lassen, die – wenn auch verschiedenen Generationen angehörend – zu den Älteren gezählt werden mußten. Beide standen gewissermaßen stellvertretend für die Generationen, die für den Verlauf der deutschen Geschichte verantwortlich zu machen waren, wenn auch nur in einem indirekten Sinne. Damit ergibt sich die Frage nach der Reaktion der jungen Generation auf das „Dritte Reich“, die Niederlage und das Vakuum der ersten Nachkriegsjahre. Äußerungen dieser Generation finden sich am ehesten noch in den neugegründeten Zeitschriften jener Jahre, die in vielen Fällen

²⁵ So *Schwabe*, Ritter-Briefe, 101.

²⁶ Vgl. *Gerhard Ritter*, Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur politisch-historischen Selbstbesinnung (München 1958) vor allem 41 f. Vgl. auch *ders.*, Europa und die deutsche Frage (München 1948) 193 f. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß der englische Historiker Geoffrey Barraclough Ritter in einem Artikel in TLS vom 14. 4. 1950 vorwarf, er wolle die Idee der westeuropäischen Menschenrechte als Ursprung des Totalitarismus diskreditieren „and that the only way to check this western disease is a strong remedial dose of the German Rechtsstaat ... à la Wilhelm I. and Bismarck“.

²⁷ Vgl. *Winfried Schulze*, Soziologie und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in die Probleme der Kooperation beider Wissenschaften (München 1974) 48 ff.

jedenfalls die Funktion eines Sprachrohrs der jungen und mittleren Generation übernahmen²⁸. Es sind dies zwar keine Zeitschriften, die wir als historische Zeitschriften im engeren Sinne bezeichnen können, aber es sind Kulturzeitschriften mit einem relativ breiten thematischen Spektrum, die natürlich auch immer wieder zu den drängenden Fragen jener Jahre Stellung nahmen, die uns in diesem Zusammenhang interessieren. Man sprach damals von einer „Flucht in die Zeitschrift“²⁹. Schon die Namen dieser neuen Zeitschriften klingen meist wie eine programmatische Aussage: Aufbau, Aussaat, Die Sammlung, Begegnung, Besinnung, Bogen, Das neue Wort, Einheit, Ende und Anfang, Die Fähre, Frischer Wind, Gegenwart, Geist und Tat, Das goldene Tor, Horizont, Merkur, Neubau, Neues Abendland, Neues Europa, Neue Ordnung, Prisma, Der Ruf, Standpunkt, Umschau, Die Wandlung (als Wiedergründung), Weltstimme, Zeichen der Zeit. Die Literaturgeschichte dieser Jahre hat es sich angewöhnt, von der „Zeitschrifteneuphorie“ der Nachkriegsjahre zu sprechen³⁰.

„Der Ruf“ ist dabei schon relativ oft gewürdigt worden, weil er, aus einer Lagerzeit-schrift in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager im Winter 1944/45 entstanden und seit dem 15. August 1946 auf dem deutschen Markt, schon im April 1947 unter Hinweis auf seine „nihilistischen“ Tendenzen wieder verboten wurde. Das Verbot dieser Zeitschrift war insofern von Bedeutung, als dieser Vorgang die Bildung einer Gruppe junger Schriftsteller und Publizisten veranlaßte, die dann unter dem Signum der „Gruppe 47“ zu einem wesentlichen Element der Literatur der Bundesrepublik geworden sind. „Der Ruf“, der sich im Untertitel „Unabhängige Blätter der jungen Generation“ nannte, suchte bewußt nach der Abgrenzung von der älteren Generation, sie war sein Programm: „Das junge Europa formt sein Gesicht“ war der Titel des Leitartikels der ersten Nummer. Charakteristischerweise war es die Frage der „Kollektivschuld“ und einer daraus abzuleitenden „reeducation“, die einen der Hauptstreitpunkte mit den amerikanischen Zensurinstanzen bildete. Angesichts der Verbreitung der Zeitschrift – ca. 100 000 verkaufte Exemplare –, ihrer Verankerung in der Bevölkerung und ihres auch politischen Gewichts konnte eine solche Publikation mit ihrer eigentümlichen Verbindung radikaldemokratischen, sozialistischen, nationalen und europäischen Denkens nicht länger geduldet werden.

Die politisch-historische Position dieser Zeitschrift kann trotz der notwendigen Differenzierungen innerhalb des Herausgeber- und Mitarbeiterkreises doch durch ei-

²⁸ Zur Pressepolitik der Alliierten nach 1945 vgl. *Harry Pross* (Hrsg.), *Deutsche Presse seit 1945* (1965) 29f. (Beitrag von *Harold Hurwitz* über die „Pressepolitik der Alliierten“).

²⁹ So jedenfalls *Hartmann Goertz* in einem Artikel der „Neuen Zeitung“ vom 13.1.1947, abgedruckt in: *Als der Krieg zu Ende war. Literarisch-politische Publizistik 1945–1950* (Stuttgart 1973) 47. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Existenz von insgesamt 388 Zeitschriften (davon 45 allgemeine Kulturzeitschriften) am 1.4.1947 nur eine „täuschende Fülle“ insofern darstellte, als dies nur ein verschwindender Bruchteil der über 8000 Zeitschriften war, die vor dem Krieg in Deutschland erschienen. Vgl. dazu die Zahlen bei *Joachim Besser* in: *Die Sammlung* 2 (1947) 405ff.

³⁰ Vgl. *Hermann Glaser*, *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948* (München, Wien 1985) 197 für die wichtigsten Zeitschriftentitel.

nen Artikel charakterisiert werden, den der Mitherausgeber Hans Werner Richter am 15. Januar 1947 veröffentlichte und der mit dem programmatischen Satz begann: „Deutschland ist ein Land der halben und niemals beendeten Revolutionen, der glücklichen Konterrevolutionen und der versäumten Evolutionen. Das begann mit der Reformation, wurde fortgesetzt 1848, erlebte seine tragische Wiederauferstehung 1918, wurde zur vollendeten Farce 1933 und endete mit einem völligen Schweigen 1945.“³¹ Richters Konzept ging von einer nie geschlossenen Diskrepanz zwischen den großen ökonomischen und sozialen Umschichtungen und der notwendigen Anpassung der „Staatsmaschine“ aus. Auch die Erfahrung der ersten beiden Nachkriegsjahre fiel für Richter unter dieses Verdikt. Wieder war die Revolution verpaßt worden, auch die Besatzungsmächte konnten die Revolution nicht frei Haus liefern, die Chance des Neuanfangs wurde nicht genutzt. In diesen Zeilen Richters spiegelte sich schon die Unzufriedenheit mit der kompromißlerischen Reaktion der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, mit den fehlenden radikalen Veränderungen.

Doch „Der Ruf“ vertrat eine Ausnahmeposition und die ohnehin nur für eine kurze Zeit. Die anderen Zeitschriften, die hier mit zu untersuchen wären, verhielten sich in den hier interessierenden Fragen erheblich zurückhaltender, waren auch stärker von Vertretern der älteren Generation dominiert, etwa die von einer Pädagogengruppe unter Herman Nohl herausgegebene „Die Sammlung. Zeitschrift für Kultur und Erziehung“. Dies gilt sogar für die erste nach dem Krieg publizierte Studentenzeitung, die an der Universität Göttingen seit dem 11. Dezember 1945 erscheinen konnte, nachdem zum Wintersemester 1945/46 der Lehrbetrieb wieder aufgenommen worden war.

Die „Göttinger Universitätszeitung“ ist über ihre Aussagen über das Göttinger Geschehen hinaus von besonderem Wert für die allgemeine Diskussion an den Hochschulen der verschiedenen Zonen. Ihre an der universitären Praxis ausgerichtete Berichterstattung zeigt eindrucksvoll, wie die Bewältigung der „großen Fragen“ im Alltag ablief. Zwar erschienen ausführliche Artikel über die Schuldfrage³², den Widerstand gegen Hitler, das Verhältnis zur Politik, angeregt durch Vorträge oder Veröffentlichungen, es gab auch Leserbriefe und Diskussionen, doch erstaunlich schnell gewann die Bewältigung der Realität des Studiums, der Zulassungspraxis, der Wohnungsnot, der wissenschaftlichen Kommunikation, aber auch der Unterhaltung und des Sports wieder die Oberhand. Nachrufe auf verstorbene Historiker wie Hermann Oncken, Karl Brandi, Erich Brandenburg lassen keinen kritischen Gedanken aufkommen, höchstens in den Kurzrezensionen neuer Bücher findet sich ab und an eine eher beserwiserische als wirklich kritische Bemerkung.

³¹ Der Ruf Nr. 11 vom 15. Januar 1947, 1. Vgl. jetzt *Jerôme Vaillant*, *Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945–1949). Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung* (München 1978).

³² Allgemein dazu *Hans Zürrlein*, *Die Frage der Kollektivschuld aus dem Blickwinkel deutscher Literaten und Publizisten*, in: *Gerhard Hay* (Hrsg.), *Zur literarischen Situation 1945–1949* (Kronberg 1977) 15–35. Zu diesem gesamten Komplex jetzt die Analyse von *Barbro Eberan*, *Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? ...? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945–1949* (2. erw. Auflage München 1985) mit ausführlichen Übersichten über das einschlägige publizistische Material.

Die Vorträge eines Martin Niemöller wurden zwar von ca. zwei Drittel aller Göttinger Studenten besucht und erregten auch den Widerspruch einiger reaktionärer Studenten wegen seiner klaren Aussage zur Schuldfrage, doch läßt sich solchen Anregungen keine grundsätzliche Infragestellung der traditionellen Geschichtswissenschaft entnehmen. Es bildete sich sehr schnell ein neuer Konsensus von Wissenschaftlichkeit und unpolitischer Haltung heraus, der vorzüglich in einem Beitrag des Wirtschaftshistorikers Wilhelm Treue zum Ausdruck kam, wenn er gegenüber jenen Kommilitonen Geduld und Toleranz empfahl, die durch Erziehung, Elternhaus und Armee zu Nazis gemacht wurden: „Muß denn jeder Mensch, stets und ständig, mit 25 und mit 60 Jahren, „politisch“ sein, d. h. politisch arbeiten, Stellung nehmen, Partei ergreifen?“³³

Befragt man die in der Göttinger Universitäts-Zeitung veröffentlichten Artikel von Historikern wie Ludwig Dehio, Reinhard Wittram, Siegfried A. Kaehler und Gerhard Ritter auf einen deutlich erkennbaren Neuansatz in der Geschichtswissenschaft hin, wird neben dem behutsamen Eingeständnis partiellen Fehlverhaltens kaum ein Gedanke erkennbar, der über den Rahmen eines „moralisch gezähmten Historismus“ hinausreichen würde.

Bei der nachträglichen Lektüre der „Göttinger Universitäts-Zeitung“, die hier als Indiz für die Reorganisation der deutschen Universitäten und ihres geistigen Lebens herangezogen wurde, wird außerdem deutlich, daß die Wiedereröffnung der Universitäten außerordentlich schnell vor sich ging, sehr bald auch übergreifend organisiert wurde und in erstaunlich weitgehender deutscher Autonomie vollzogen werden konnte. Bereits im September 1945 trafen sich z. B. die Universitätsrektoren der Britischen Zone mit den zuständigen Beamten der Militärregierung zur ersten Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz, um die gemeinsamen Probleme zu besprechen³⁴. Dabei wurde in einer Ansprache von dem Vertreter der Militärregierung betont, daß man von britischer Seite die deutschen Hochschulen keineswegs völlig reformieren wolle. Außerdem gehe man davon aus, daß es zwar eine Verantwortlichkeit aller Deutschen für die jüngste Geschichte, nicht aber eine Kollektivschuld aller Deutschen gebe³⁵. Die Haltung gegenüber den Universitäten unterschied sich erheblich von der Einstellung der Besatzungsmächte gegenüber den Schulen und den Pädagogischen Akademien. Letztere durften erst wieder im Jahre 1946 ihre Arbeit aufnehmen, und in den Schulen machten sich die Überprüfungsmaßnahmen auch zahlenmäßig stark bemerkbar³⁶. Nur beiläufig soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß es unmittelbar nach 1945 praktisch keinen Geschichtsunterricht gab. In der Französischen Zone wurde er

³³ GUZ I, Nr. 3, S. 8.

³⁴ GUZ I, Nr. 7, S. 22. Zur Geschichte der Nordwestdeutschen Rektorenkonferenz, ihrer Gründung und den ersten Entschlüssen vgl. *Rolf Neuhaus* (Hrsg.), *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959* (Wiesbaden 1961) 16 ff. und *Jürgen Fischer*, *Westdeutsche Rektorenkonferenz. Geschichte, Aufgaben, Gliederung* (Bad Godesberg 1961) 5 f.

³⁵ GUZ I, Nr. 3, S. 6 f.

³⁶ Vgl. dazu *Christoph Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955* (Göttingen 1982) 92 ff.

erst 1948 wieder zugelassen, aber nur in den Bereichen bis zum 19. Jahrhundert³⁷. Die Übergangslehrpläne, die in der Rheinprovinz und Westfalen im Herbst und Winter erarbeitet wurden, sahen für die Gymnasien noch keinen Geschichtsunterricht vor, lediglich Kunstgeschichte war für die Oberstufe vorgesehen³⁸. Das Unterrichtsfach Geschichte wurde erst wieder greifbar in den Lehrplänen für die Sonderlehrgänge zur Erlangung der Hochschulreife. Hier war freilich unter Verzicht auf eine zusammenhängende pädagogische Konzeption lediglich die Absicht zu erkennen, diese Schülergeneration in ein vages universalgeschichtlich-europäisches Welt- und Geschichtsbild einzuführen, das jedoch mit dem Jahr 1933 endete. Seit 1946 wurde dann Geschichtsunterricht in Nordrhein-Westfalen in lokaler Differenzierung erteilt, erst in diesem Jahr kam es zur Erarbeitung von Lehrplänen. Diese Entwicklung des schulischen Geschichtsunterrichts ist vor allem im Hinblick auf die weitgehende universitäre Autonomie bemerkenswert.

Es fällt im übrigen auf, daß gegenüber den sehr früh einsetzenden Fakultätentagen der Physiker, Chemiker, Juristen über vergleichbare Aktivitäten der Historiker nicht berichtet wurde. Auch der Historikertag von 1949 fand relativ spät statt, wenn man bedenkt, daß die erste Versammlung der Philosophen bereits 1947 in Garmisch stattgefunden hatte und der erste Nachkriegssoziologentag sogar schon im Jahre 1946³⁹. In den Akten des Historikerverbandes findet sich jedoch kein Hinweis darauf, daß – wie damals vermutet wurde⁴⁰ – die späte Neugründung und der Historikertag erst im Jahre 1949 mit direkten Verboten der Besatzungsmächte zu erklären sind. Wichtiger für die Verzögerung scheint – neben den allgemeinen Zeitumständen, die eine übergreifende Organisation ohne Zweifel erschwerten – die Tatsache gewesen zu sein, daß innerhalb der Historikerschaft selbst offensichtlich widersprüchliche Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit einer Neugründung bestanden, auf die noch eingegangen werden soll.

IV

Ein noch eindeutigeres Bild als dieser durch eine Zeitschrift vermittelte Blick in die Praxis der universitären Reorganisationsphase bietet der Blick auf die Inhalte der akademischen Lehre, jedenfalls soweit sie sich aus den Vorlesungsankündigungen und

³⁷ Vgl. *Erich Kosthorst*, Von der „Umerziehung“ über den Geschichtsverzicht zur „Tendenzwende“. Selbstverständnis und öffentliche Einschätzung des Geschichtsunterrichts in der Nachkriegszeit, in: *Oswald Hauser* (Hrsg.), *Geschichte und Geschichtsbewußtsein* (Göttingen 1981) bes. 128 ff.

³⁸ Nach *Peter Hüttenberger*, Geschichtsbild und Geschichtsunterricht in der britischen Zone, in: *Oswald Hauser* (Hrsg.), *Geschichte und Geschichtsbewußtsein* (Göttingen 1981) 120 ff.

³⁹ Vgl. dazu den Bericht von *Heinz Maus* in: *Die Umschau. Internationale Revue*, 2, Heft 1 (1947) 85.

⁴⁰ In einem Bericht über den ersten Nachkriegshistorikertag 1949 sprach Georg Stadtmüller davon, daß die Militärbehörden dem VHD erst 1949 die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen (nicht gekennzeichnete Ausriß in Archiv VHD 1). Diese Bemerkung kann sich nur auf die Schwierigkeiten beziehen, die speziell Gerhard Ritter mit der französischen Verwaltung hatte, die den seit 1948 in Gründung befindlichen Verband als einen ungenehmigten Verein betrachtete. Die anderen Regierungen machten keine Schwierigkeiten.

den veröffentlichten Doktorarbeiten ermitteln lassen. Die Durchsicht des spärlichen Lehrangebots der Universitäten in den Jahren 1946 bis 1949 läßt im Bereich der Historischen Institute jedoch keinen Schluß darauf zu, daß durch eine entschiedene neue Themensetzung oder durch eine stärkere Einbeziehung sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Fragen eine tiefgreifende Veränderung stattgefunden habe: „Also statt Wiedergeburt: Kontinuität“, so hat Hermann Heimpel die Göttinger Zustände charakterisiert, und er hat damit im wesentlichen den Gesamtrend erfasst. Zuweilen hat man sogar den Eindruck, als sei überhaupt nichts geschehen, etwa wenn Karl Brandi in Göttingen im Wintersemester 1944/45 „Mittelalter I“ las und seine Arbeit im Wintersemester 1945/46 mit „Mittelalter II“ fortsetzte⁴¹.

Daß sich die Landesgeschichte am ehesten als das Vehikel herausstellte, in dem eine Verbindung von Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte realisiert werden konnte, wird den Kenner nicht überraschen. Der Bonner Landeshistoriker Franz Steinbach zeigte dies z. B. in seinen Lehrveranstaltungen⁴². Gewiß finden sich daneben auch Lehrveranstaltungen, die auf bestimmte politische und theoretische Problemlagen reagieren. In Bonn lasen Holtzmann und Just über „Grundfragen der historischen Erkenntnis“ und historiographische Probleme, Braubach las 1948 selbstverständlich über die Revolution von 1848, Hallmann über das „Preußentum. Darstellung und Kritik“, Paul Egon Hübinger, der sich noch zu Beginn der 50er Jahre intensiv um eine Revision des Geschichtsbildes bemühte⁴³, wandte sich der „Geschichte des Abendlandes“ zu. Im Sommersemester 1949 kündigte Hans Hallmann – wie bereits erwähnt – sogar eine Lehrveranstaltung „Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945“ an, und im gleichen Semester veranstaltete der Mediävist Fritz Kern ein Kolloquium mit dem Titel „Wie studiert man Universalgeschichte?“⁴⁴. In Göttingen fiel Werner Conze mit seiner Vorlesung „Deutsche Sozial- und Verfassungsgeschichte vom Ausgang des Mittelalters“ im Vergleich zu Kaehlers „Die große Politik von 1890–1914“ (SS 1947) auf. Es charakterisiert die Lage dieser Jahre treffend, daß Kaehler, der Ordinarius für Neuere Geschichte, diese intensive Beschäftigung Conzes mit der Sozialgeschichte nicht sonderlich schätzte⁴⁵. In Heidelberg hat die Auswertung des Lehrangebots seit 1946 ein starkes Übergewicht der allgemeinen politischen Geschichte und Geistesge-

⁴¹ Dies berichtet *Hermann Heimpel*, Neubeginn 1945, in: *Der Neubeginn der Georgia Augusta zum Wintersemester 1945–46* (Göttingen 1986) 15–29, hier 23. Das vorige Zitat ebd.

⁴² So z. B. im Sommersemester 1948 mit einer Übung „Probleme der deutschen Verfassungsgeschichte, Sozialgeschichte und Wirtschaftsgeschichte“, die er in diesen Jahren regelmäßig anbot. Die folgenden Angaben nach den Vorlesungsverzeichnissen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

⁴³ Vgl. *Paul Egon Hübinger*, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: *GWU* 1 (1950) 385–401.

⁴⁴ Freundliche Mitteilung von Prof. Dr. Karl J. Narr (Münster) nach Ausweis seines Studienbuches.

⁴⁵ Wolfgang Zorn spricht in seinem Nachruf auf Werner Conze in *VSWG* 73 (1986) 153–157, hier 154 davon, daß Conze und seine Schüler wegen ihrer neuen Gegenstände und Methoden mit Kaehler Schwierigkeiten gehabt hätten. Mein Kollege Wolfgang Köllmann, der in Göttingen einer der ersten einschlägig arbeitenden Doktoranden Conzes war, hat mir diesen Sachverhalt aus eigener Kenntnis heraus bestätigt. Zu Conzes Tätigkeit in Göttingen jetzt auch der in Anm. 122 angeführte Beitrag von Wolfgang Schieder.

schichte ergeben. Auch hier bestätigte sich, daß die deutschen Universitäten nach 1945 „keine Stunde Null, keine Zäsur“ erlebten⁴⁶.

Der Versuch einer Zusammenfassung trifft sicher die wirklichen Verhältnisse, wenn man – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das Lehrangebot überwiegend als thematisch und methodisch traditionell bezeichnet. Dabei bemerkt man jedoch eine relativ starke Verbindung von politischer und Geistesgeschichte, ganz zweifellos ein Versuch der Historiker, der „Dämonie der Macht“ zu begegnen. In dieser Bilanz fallen auf den ersten Blick auch offensichtliche Ausnahmen auf wie der Tübinger Rudolf Stadelmann, der sich der Erforschung der westeuropäischen und deutschen Revolutionen zuwandte. Ein zweiter Blick ergibt jedoch die relativierende Einsicht, daß Stadelmann hiermit Überlegungen aufgriff, die ihn während des „Dritten Reiches“ dazu bewogen hatten, das Jahr 1933 als entscheidende Revolution der deutschen Geschichte zu betrachten⁴⁷. Eine Ausnahmeerscheinung war gewiß der Würzburger Historiker Ulrich Noack, der z. B. ein Privatissimum über „Geschichte und Wahrheit“ veranstaltete, über die Nationalversammlung von 1848 und die Französische Revolution las, Ranke und Droysen verglich, die Revolution und das Kaiserreich untersuchte und sich mit Burckhardt beschäftigte, dessen zivilisationskritische Position ihn ohnehin zu einem der populärsten Geschichtsdenker jener Jahre machte⁴⁸.

Nach diesem Überblick kann es nicht verwundern, wenn sich die Dissertationen der Nachkriegsjahre auch in dem durch die Lehrveranstaltungen gezogenen Rahmen bewegten⁴⁹, sofern es nicht überhaupt Arbeiten waren, die schon vor oder im Krieg begonnen worden waren und dies auch noch in der Begrifflichkeit erkennen ließen.

⁴⁶ Vgl. dazu *Christian Peters*, Lehrangebot und Geschichtsbild. Ein Beitrag zu einer Sozialgeschichte des Faches Geschichte an der Heidelberger Universität, in: *Robert Deutsch u. a.* (Hrsg.), Eine Studie zum Alltagsleben der Historie. Zeitgeschichte des Faches Geschichte an der Heidelberger Universität 1945–1978 (Heidelberg 1978) 1–38 und allgemein zur Wiedereröffnung in Heidelberg am 19. Januar 1946 *Frank R. Pfetsch*, Neugründung der Universität nach 1945, in: *Karin Buselmeier-Dietrich, Harth-Christian Jansen* (Hrsg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg (Heidelberg, Mannheim 1985) 365–380, hier 365.

⁴⁷ Vgl. seine erste Vorlesung im Wintersemester 1945/46 über die Geschichte der Englischen Revolution (als Buch Wiesbaden 1954), die er mit der Frage nach dem Beginn des „Irrwegs“ der deutschen Geschichte und der Forderung nach einer Annäherung von individualisierender und generalisierender Methode eröffnete (ebd. S. 8, 15). Vgl. auch *ders.*, Deutschland und Westeuropa (Schloß Laupheim 1948).

⁴⁸ Vgl. dazu die Fülle der Burckhardt-Titel in der „Bibliographie“ in GWU 1 (1950) bes. 54 und 58. Noack, ein Schüler Meineckes mit weitausgreifenden politischen Zielvorstellungen, trat 1946 auch durch seinen Versuch hervor, auf dem Hohen Meißner in Wiederbelebung der Gedanken von 1913 eine „Freie Deutsche Jugendbewegung“ zu gründen, ein Unternehmen, dem offensichtlich kein großer Erfolg beschieden war. Noack hatte auch einen schriftlichen Plan vorgelegt, eine „Reichshauptstadt Hohenmeißner“ zu errichten. Vgl. GUZ I, Nr. 18, S. 1 und dazu seine Schrift: Deutschlands neue Gestalt in einer suchenden Welt (Frankfurt/M. 1946) 91 ff. mit konkreten Vorschlägen für die Gestaltung dieser neuen Hauptstadt. Vgl. *Heinrich Euler*, Ulrich Noack – Ein Leben aus freier Mitte, in: Ein Leben aus freier Mitte. Festschrift f. U. Noack z. 60. Geburtstag (Göttingen 1961) VII–XXXII.

⁴⁹ Vgl. dazu die Heidelberger Beobachtungen in *Robert Deutsch u. a.* (Hrsg.), Eine Studie zum Alltagsleben der Historie, 86 ff.

Vor allen Dingen die landesgeschichtliche Forschung profitierte von der offensichtlichen Abwendung von ideologieverdächtigen Themenkomplexen. Der generelle Rekurs der Disziplin auf Ranke und Burckhardt, wie er sich in einer Fülle von Lehrveranstaltungen über diese beiden Historiker dokumentierte, schlug sich auch in der Tatsache nieder, daß von den etwa 40 Dissertationen, die zwischen 1945 und 1951 an den westdeutschen Universitäten über historiographiegeschichtliche Themen verfaßt wurden, sich allein fünf mit Ranke beschäftigten⁵⁰.

V

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Neuorganisation der Historiker im Verhältnis zur allgemeinen Neubegründung des universitären Bildungswesens und der anderen wissenschaftlichen Berufsverbände und Fakultätentage offensichtlich relativ spät erfolgte. Zur Erklärung kann man – obwohl dies naheliegend wäre – kaum auf das schon erwähnte Verbot des Geschichtsunterrichts in den Schulen verweisen oder auf die noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen zur politischen Säuberung der Lehrkörper. In den einzelnen Ländern kam es manchmal zu spektakulären Massenentlassungen, die in ihrer pauschalen Vorgehensweise oft viel böses Blut machten und großes öffentliches Aufsehen erregten. So wurden im Februar 1947 auf Veranlassung der Amerikanischen Militärregierung allein in Erlangen 76 Entlassungen im Bereich des akademischen Personals ausgesprochen⁵¹. In Göttingen waren es im Jahre 1945 zunächst 125 Entlassungen, die ausgesprochen wurden, von denen viele jedoch bald wieder zurückgenommen wurden⁵². In Frankfurt am Main wurde der NS-Rektor Walter Platzhoff vom Dienst suspendiert, ohne wieder eine Lehrtätigkeit aufzunehmen⁵³. In Heidelberg wurde sein Kollege Willy Andreas wenige Tage nach der Wiedereröffnung der Universität von der amerikanischen Besatzungsmacht entlassen, doch kehrte er bald darauf wieder auf seinen Lehrstuhl zurück, um dann emeritiert zu werden⁵⁴. Gleichwohl äußerte sich Walter L. Dorn, ein Berater General Clays, im Mai 1946 außerordentlich kritisch über die Verzögerungstaktik speziell der bayerischen Kultusverwaltung. Er sprach sogar von einer „Ordnungszelle Bayern“ und beklagte die Entscheidung der Amerikanischen Militärverwaltung, in München eine bloße Wiederherstellung der Universität betrieben zu haben⁵⁵. Im November 1946 beschwerte sich das

⁵⁰ Ich verdanke diese Informationen über Dissertationen und Lehrveranstaltungen über Ranke und Burckhardt der noch unpublizierten Dissertation von *Horst Walter Blanke*, Historiographiegeschichte als Historik (Bochum 1986) S. 487 der masch. Fassung.

⁵¹ GUZ II, Nr. 6, S. 18.

⁵² GUZ I, Nr. 5, S. 15. – Vgl. dazu auch den Report Nr. 4237 des Office of Intelligence Research vom 3. Juni 1947 über den Stand der Umerziehungsmaßnahmen in Deutschland, besonders der Universitäten, in: *Alfred Söllner* (Hrsg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 2 (Frankfurt/M. 1986) 177–216, hier 182 ff.

⁵³ Freundliche Mitteilung meines Frankfurter Kollegen Notker Hammerstein, der z. Z. an einer Geschichte der Universität Frankfurt/M. arbeitet.

⁵⁴ *Pfetsch*, Neugründung, 367.

⁵⁵ Vgl. *Walter Dorn*, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen, hrsg. von *Lutz Niethammer* (Stuttgart 1973) 87.

Bayerische Kultusministerium darüber, daß durch die Entlassung von 33 Professoren durch die amerikanische Militärregierung nicht mehr alle Professuren der Münchener Universität besetzt werden könnten. Diese Professoren waren am 13. November entlassen worden, weil ihnen die „politischen, liberalen und moralischen Qualitäten“ fehlten, „die zur Entwicklung der Demokratie in Deutschland notwendig sind“⁵⁶.

Zusammenfassend wird man sagen können, daß die zu Anfang der fünfziger Jahre in politischer Absicht ermittelten Zahlen über die Verluste der deutschen Hochschulen durch „Vertreibung, Emigration und Entnazifizierung“ (in dieser Zusammenstellung!) für die Geschichtswissenschaft kaum zutreffen. Die damals verwendeten Zahlen gingen auf eine Artikelserie der Zeitschrift „Christ und Welt“ im Jahre 1950 zurück und sprachen davon, daß von den über 900 vor 1945 entlassenen Dozenten etwa 165 wieder auf deutsche Lehrstühle zurückkehrten, während von den nach 1945 aus politischen Gründen entlassenen 4289 Dozenten im Jahre 1950 2773 ihre Stellungen verloren hatten⁵⁷. Für die Geschichtswissenschaft läßt sich dieses Zahlenverhältnis kaum aufrechterhalten. Wie sich das Fach nach 1933 von nationalsozialistischen Personalocrois relativ freihalten konnte, so blieb es nach 1945 auch von tiefgreifenden Entnazifizierungskampagnen mit personellen Konsequenzen verschont, wenn man einmal von vorübergehenden Dienstenthebungen absieht. Nach der bislang gründlichsten Untersuchung waren in Deutschland und Österreich von 110 Lehrstuhlinhabern des Fachs Geschichte überhaupt nur 20 von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen⁵⁸. Die Chancen, einen Parteigenossen-Kollegen zu „desinfizieren“ – wie man damals sagte – und damit wieder verwendungsfähig zu machen, waren durchaus gut⁵⁹. Auch auf diesem Felde dürfte deshalb von einem hohen Maß an Kontinuität zu sprechen sein.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde immer wieder die Rückkehr der emigrierten Wissenschaftler nach Deutschland gefordert. Die Kultusministerien hielten es für opportun, ihre Bemühungen in dieser Frage sehr präzise zu veröffentlichen, wie es z.B. das Bayerische Kultusministerium im Hinblick auf seine Bemühungen zur Rückberufung emigrierter Hochschullehrer bzw. deren Einladung zu Gastvorlesungen tat. In der „Göttinger Universitäts-Zeitung“ wurde im Februar 1947 eine detaillierte Liste über das Schicksal der „aus politischen Gründen nach 1933 ausgeschiedenen Professoren“ der Universität Göttingen veröffentlicht⁶⁰. Noch im Jahre 1950 sah sich die

⁵⁶ Vgl. den „Rückblick“ in der Süddeutschen Zeitung vom 17.11.86.

⁵⁷ Vgl. Christ und Welt, 3. Jahrg. 1950, Nr. 6, 7, 9, 10, 11, 34. *Christian von Ferber*, Die Entwicklung des Lehrkörpers der dt. Universitäten u. Hochschulen 1864–1954 (Göttingen 1956) 143 ff. ermittelte für die Geisteswissenschaften einen Emigrationsverlust von 39 % aller Lehrpersonen. Auch diese Zahl ist nicht ganz genau, da bestimmte Kategorien von Wissenschaftlern nicht erfaßt werden konnten. Von den 795 emigrierten Geisteswissenschaftlern kehrten danach bis 1953 85 nach Westdeutschland zurück.

⁵⁸ Vgl. dazu die Angaben bei *Wolfgang Weber*, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zu Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft* (Frankfurt/M. 1984) 429 f., Anm. 343. Ich glaube nach eigenen Nachforschungen 26 Historiker ermitteln zu können.

⁵⁹ Dieser Ausdruck wird in einem Brief Friedrich Baethgens in bezug auf Carl Hinrichs verwendet (UA Köln 197/39).

⁶⁰ GUZ II, Nr. 6, S. 16.

Westdeutsche Rektorenkonferenz angesichts „ständiger Pressevorwürfe“ genötigt, unter ihren Mitgliedern die zahlenmäßigen Belege gegen den Verdacht zu sammeln, daß die Universitäten „die Rückberufung nicht mit dem notwendigen Nachdruck betrieben hätten“⁶¹.

Wir wissen, daß es in der Geschichtswissenschaft keinen Rückstrom gab, der eine Neuorientierung hätte bewirken können. Die wenigen Rückkehrer der ersten Nachkriegsjahre – von 134 Historikeremigranten kehrten nur 21 in die beiden deutschen Staaten zurück⁶² – waren Hans Joachim Schoeps (nach Erlangen), Ernst D. Fraenkel (Frankfurt/M.), Walter Mohr (Saarbrücken) und Hans Rothfels (Tübingen). Golo Mann kehrte erst 1958 in die Bundesrepublik zurück, auch Dietrich Gerhard kam erst 1954 zurück, blieb überdies noch in den USA verankert. Andere Emigranten, die der liberalen Schule Meineckes entstammten, blieben – trotz Meineckes Bemühungen z. B. um Hajo Holborn⁶³ – in Amerika und kamen – wie z. B. Hans Rosenberg – nur als Gastprofessoren nach Deutschland zurück, wo sie freilich deutlich machen konnten, welche Umorientierungen in der Geschichtswissenschaft möglich gewesen wären, wenn es zu einer stärkeren Rückkehr emigrierter Wissenschaftler gekommen wäre⁶⁴.

Eine Bilanz der Wirkung der Emigranten muß jedenfalls auch deren Tätigkeit als Gastprofessoren an den bundesrepublikanischen Universitäten berücksichtigen. Gerade das Beispiel Hans Rosenbergs ist geeignet, die Schwierigkeiten sowohl der um Rückberufung bemühten Fakultäten als auch der wenigen potentiellen Remigranten zu verdeutlichen. Er war noch 1932 unter Johannes Ziekursch in Köln habilitiert worden, bevor er 1933 nach dem Entzug der *venia legendi* Deutschland über England in Richtung Vereinigte Staaten verließ, wo er seit 1938 am Brooklyn College lehrte, seit 1944 als amerikanischer Staatsbürger. Schon im März 1946 – „nachdem die Nazi-Herrschaft beseitigt ist“ – hatte Peter Rassow als Dekan der Kölner Philosophischen Fakultät Rosenberg wie alle anderen emigrierten ehemaligen Mitglieder der Fakultät aufgefordert, „in unseren Kreis zurückzukehren und den Platz in unserer Mitte einzunehmen“. Diese allgemein gehaltene und mit keinerlei konkretem Stellenangebot verbundene Aufforderung hatte Rosenberg – innerlich tief bewegt über diese Geste – in

⁶¹ UA Köln 471/44 vom 10. 5. 1950 mit Hinweis auf den Beschluß der Rektorenkonferenz von Hannover. Die Nordwestdeutsche Rektorenkonferenz hatte schon im September 1946 in Göttingen die Wiederherstellung der Rechte der emigrierten Hochschullehrer, ihre Rückberufung bzw. adäquate Versorgung als „solidarische Ehrenpflicht“ aller Universitäten bezeichnet, vgl. *Neubaus*, Dokumente zur Hochschulreform (wie Anm. 34), 16f.

⁶² Diese Angaben nach dem Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und von der Research Foundation for Jewish Immigration (München 1980–1983).

⁶³ Meinecke-Briefe, S. 247, wo Meinecke vom Mangel guter Kräfte spricht. In einem Brief an Rassow vom 19. 2. 47 spricht Meinecke hinsichtlich des Nachwuchses in Neuerer Geschichte von einem „Trümmerfeld“ (UA Köln 197/39).

⁶⁴ Vgl. die unvollständige Übersicht über die emigrierten deutschen Historiker bei *Georg G. Iggers*, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, 97–111. Nach dem Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration emigrierten insgesamt 134 Historiker, von denen nur 21 nach Deutschland zurückkehrten. In den USA blieben 73, in Großbritannien 18, in Israel 8.

höflicher Form und unter Hinweis auf seine jetzige gesicherte Position abgelehnt, ohne sich freilich definitiv über eine mögliche Rückkehr nach Deutschland auszusprechen.

Als in Köln 1947 die Beratungen über die Wiederbesetzung des Lehrstuhls von Johannes Ziekursch begannen, der im Mai 1945 gestorben war, stand deshalb auch von vornherein Hans Rosenberg als Kandidat zur Debatte, zumal ihn Meinecke neben seinem Schüler Johann Albrecht von Rantzaу für die Nachfolge empfahl. Die Fakultät zog weitausegreifende Erkundigungen ein und erhielt schließlich ein gutes Dutzend Namen empfohlen. Die Beratungen der Berufungskommission konzentrierten sich schließlich auf die Namen von Theodor Schieder, Hans Rosenberg, Hans Herzfeld und Carl Hinrichs, in dieser Reihenfolge, wobei die letzteren ex aequo auf Platz 3 der Liste rangierten, die die Fakultät am 26. Juli 1947 dem Kuratorium und dem Ministerium zuleitete. Die Gründe für diese Reihung wurden nachträglich deutlicher, als nämlich der Dekan der Fakultät nach dem Eintreffen eines ausführlichen Schreibens von Rosenberg mit einem neueren Literaturverzeichnis und seinen Plänen für etwaige Lehrveranstaltungen der nächsten fünf Jahre einen „Nachtrag“ zur Berufsungsliste vorlegte, der noch einmal – jetzt fundiert durch die neuen Informationen – das Interesse der Fakultät an einer Berufung Rosenbergs unterstrich⁶⁵. „Wären die inzwischen eingegangenen Erkundigungen eher eingetroffen, so hätte die Fakultät ohne Zweifel Herrn Koll. Rosenberg an die erste Stelle gesetzt“, schrieb der Dekan am 22. August an den Oberbürgermeister und Kuratoriumsvorsitzenden Dr. Hermann Pünder. „Sie sieht nur deshalb von einer nachträglichen Änderung der Reihenfolge ab, weil darin eine Unbilligkeit oder Unfreundlichkeit gegen den an erster Stelle genannten Prof. Schieder gesehen werden könnte, der freundlicherweise den Lehrstuhl im nächsten Semester vertretungsweise übernehmen wird, wenn er bis dahin entnazifiziert ist.“ Diese Auffassung trug der Dekan auch in der Kuratoriumssitzung am 12. November vor, wo Bürgermeister Robert Görlinger (SPD) – der ebenfalls in der Emigration gelebt hatte – ein ausdrückliches Interesse an Rosenberg bekundete. Wohl angesichts der Unsicherheit über Rosenbergs Bereitschaft zur Rückkehr beließ es das Kuratorium bei der vorgeschlagenen Reihenfolge, trug aber dem Dekan auf, noch einmal an Rosenberg heranzutreten, um seine Bereitschaft zur Rückkehr zu erkunden.

Rosenberg sah sich in einer schwierigen Lage, als ihm Fritz Schalk als Dekan noch am gleichen Tage in diesem Sinne schrieb und der britische Kontrolloffizier Dr. Beck-

⁶⁵ Gerade im Hinblick auf das oben als relativ unverändert bezeichnete Lehrangebot der Historischen Seminare sind Rosenbergs Pläne von besonderem Interesse. Er übermittelte der Kölner Fakultät zehn thematische Schwerpunkte, die er in Vorlesungen und Seminaren behandeln wollte („was von mir zu erwarten und nicht zu erwarten ist“): Geschichte der Diktaturen von der Renaissance bis zur Gegenwart – Weltgeschichte seit 1914 – Allgemeine Geschichte des Frühkapitalismus (1200–1750) – Allgemeine Geschichte des Hochkapitalismus und der Planwirtschaft – Vergleichende Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Europas und Nordamerikas in der Neuzeit – Deutsche Geschichte von der Reformation bis zur Französischen Revolution – Deutsche Geschichte seit 1815 – Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika – Russische Geschichte – Geschichte der politischen Theorie und Sozialphilosophie vom Mittelalter bis zur Gegenwart.

hoff auf dem Schreiben seine Unterstützung der Anfrage handschriftlich bekundete. Durch seinen ausführlichen Brief über seine neuesten Publikationen und seine etwaigen Lehrpläne für Köln hatte er – wie er jetzt erkannte – in Köln zu große Hoffnungen erweckt. Schon am 15. September äußerte er sich gegenüber dem Kölner Dekan bestürzt, daß dieser von ihm eine konkrete Antwort auf das „Wann“ erwarte, „obwohl das Ob doch noch völlig unentschieden ist“. Er stützte sich jetzt auf die Warnungen guter Freunde vor einer übereilten Rückkehr nach Köln, stellte die Frage nach dem Zustand der Kölner Bibliotheken und betonte seine Verpflichtungen am Brooklyn College. Er verwies auch auf die besondere Rücksicht, die er seiner Frau in der Frage der Rückkehr nach Deutschland schulde, und wollte auch noch „größere Klarheit über das psychische und politische Milieu, insbesondere über das Problem des Antisemitismus“. Diese Antwort belegt exemplarisch die schwierige Lage der Emigranten, wenn sie in dieser relativ frühen Phase vor die notwendigerweise kurzfristige Wahl gestellt wurden, nach Deutschland zurückzukehren⁶⁶. „There are too many uncertainties, complexities and imponderables in the picture,“ schrieb Rosenberg am 27. November nach Köln zurück: „I cannot accept a permanent professorship at Cologne University“⁶⁷. Folglich brauchte das Kuratorium nicht das Verfahren anzuwenden, das man für den Fall einer positiven Antwort Rosenbergs vorgesehen hatte, nämlich beim Kultusministerium erneut zugunsten einer Berufung Rosenbergs zu intervenieren. Jetzt konnte Theodor Schieder, der den Lehrstuhl schon vertrat, den Ruf erhalten und seine erfolgreiche Lehrtätigkeit in Köln beginnen. Im Falle Rosenbergs hatte die betroffene Fakultät alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um einen emigrierten Kollegen nach Deutschland zurückzuholen⁶⁸.

Nach der Darstellung dieses gut dokumentierten Falls, der jedoch kein Einzelfall war, ein abschließendes Urteil über die Intensität der Bemühungen zur Rückberufung emigrierter Historiker zu treffen, erscheint gleichwohl schwierig. Wenn man die inneren Widerstände, die die Emigrierten gegenüber Deutschland entwickelt hatten, die Unsicherheit der Verhältnisse in diesen Jahren und schließlich auch die relativ geringe Anzahl rückberufbarer Hochschullehrer dieses Faches in Rechnung stellt, wird man vermutlich zu dem Schluß kommen müssen, daß unter den gegebenen Umständen nicht mehr zu erreichen war. So wird man Meineckes Bedauern unterstreichen müssen, der Hajo Holborn gegenüber auf die Schwierigkeiten der Besetzung der Lehrstühle mit geeigneten Kandidaten verwies⁶⁹. Die Tatsache, daß Veit Valentin, der als

⁶⁶ Auch Golo Mann, der von der Kölner Fakultät angesprochen worden war, wünschte sich damals lediglich eine Tätigkeit als Gastprofessor in Deutschland, um beiden Seiten die Möglichkeit des Kennenlernens zu geben (UA Köln 197/39).

⁶⁷ Die Kopie seines Antwortbriefes, der in den bislang benutzten Kölner Akten nicht enthalten ist, stellte mir Prof. Rosenberg freundlicherweise zur Verfügung, ebenso den Schriftverkehr, den er in den nächsten Jahren vor allem mit der Kölner und der Freien Universität Berlin führte, um dort als Gastprofessor tätig zu sein.

⁶⁸ Die Berufsangelegenheit, die für die deutsche Nachkriegsgeschichtswissenschaft ohne Zweifel richtungsweisend geworden ist, hier zusammengefaßt auf der Grundlage der Kölner Berufsakten und des Kuratoriumsprotokolls (UA Köln 197/39 und 471/44).

⁶⁹ *Meinecke*, Ausgew. Briefwechsel, S. 247 vom 19.3.1946.

einzigster Historiker unmittelbar nach Kriegsende bereit war, nach Deutschland zurückzukehren, direkt nach seiner Rückkehr von einer ersten Reise nach Frankfurt starb, beleuchtet noch einmal die schwierige Lage dieser Jahre⁷⁰.

VI

Die bayerische Landeshauptstadt war nach dem Kriege zum Mittelpunkt der Forschungsinstitutionen der deutschen Geschichtswissenschaft geworden. Die 1944 nach Pommersfelden bei Bamberg ausgelagerte Arbeitsstelle der Berliner Zentralkommission der Monumenta fand in München eine neue Heimstatt, die Historische Kommission hatte sich neu organisiert, und auch die Bemühungen zur Gründung eines „Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus“ konzentrierten sich auf München. So lag es nahe, daß auf einer gemeinsamen Tagung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Zentralkommission der Monumenta Germaniae Historica am 12. Oktober 1948 ein Gründungsauftrag für einen „Verband der Historiker Deutschlands“ beschlossen wurde, wobei Gerhard Ritter, Hermann Aubin, Hermann Heimpel und Herbert Grundmann den Gründungsausschuß bildeten⁷¹.

Aus dem von Herbert Grundmann geführten Protokoll dieser Sitzung lassen sich leider nicht eindeutig die Gründe einer Verbandsgründung zu diesem Zeitpunkt ermitteln. In jedem Fall waren es Berichte über eine Sitzung des Internationalen Historiker-Verbandes in Paris im April 1948 und über einen Besuch des französischen Historikers Paul Caron in Tübingen, die die versammelten Herren zum Handeln bewogen. Man erkannte, daß die Voraussetzung für eine Wahrnehmung der sich anbahnenden internationalen Kontakte eine Neugründung des Verbandes war⁷². Der Hinweis von Aubin auf einen eigenständigen Verband der österreichischen Historiker, der seit Anfang 1948 vorbereitet wurde⁷³, führte schließlich zum Gründungsauftrag für einen „Verband der Historiker Deutschlands“⁷⁴. Damit wurden Bedenken zurückgestellt,

⁷⁰ Vgl. *Walthers*, Emigrierte deutsche Historiker in den Vereinigten Staaten, 49.

⁷¹ Abdruck des „Aufrufs“ in HZ 169 (1949) 226 f. Zur Rolle Ritters bei der Gründung des Verbandes und in den ersten Jahren vgl. jetzt neben der Einleitung von Schwabe zu Ritters Briefen den Artikel von *Peter Schumann*, der dafür vor allem die auch von mir benutzten Akten des Historikerverbandes herangezogen hat, in: *Mentalitäten und Lebensverhältnisse*. Festschrift f. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag (Göttingen 1982) 399–415.

⁷² Über die Vorgänge im Comité International des Sciences Historiques gegenüber der Wiederaufnahme deutscher Historiker jetzt die umfassende Untersuchung von *Karl Dietrich Erdmann*, *Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques* (Göttingen 1987) bes. 274 ff.

⁷³ Vgl. Bericht über die Konstituierende Versammlung des Verbandes österreichischer Geschichtsvereine in Wien vom 21. bis 24. September 1949 (Wien 1950) 3.

⁷⁴ Das knappgehaltene Protokoll dieser Sitzung machte mir freundlicherweise Herr Georg Kalmer aus dem Archiv der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zugänglich, wofür ich ihm sehr herzlich danke. Die Sitzung wurde von Walter Goetz, dem Präsidenten der Historischen Kommission, einberufen und geleitet. Die Versammlung beschloß neben dem Gründungsauftrag einstimmig, daß Friedrich Baethgen und Rudolf Stadelmann als deutsche Delegierte im Internationalen Verband fungieren sollten, und setzte dabei voraus, „daß die deutschen Historiker fortan zu allen Veranstaltungen des Internationalen Historiker-Verbandes gleichberechtigt zugezogen werden“.

die von dem Kölner Historiker Peter Rassow geäußert worden waren. Er hatte in einer Denkschrift die Notwendigkeit eines Verbandes für die deutschen Historiker bestritten. Er empfahl u. a. eine längere Zurückhaltung der deutschen Historiker auf internationaler Ebene, da man mit Ressentiments in den anderen europäischen Ländern zu rechnen habe⁷⁵.

Die Verbandsgründung war – wie schon angedeutet – keinesfalls unproblematisch, denn auf der einen Seite machten die französischen Besatzungsbehörden, die ohnehin ein besonderes Auge auf Ritter geworfen hatten (was bis zu einer Vorzensur seiner Vorlesungsmanuskripte führte)⁷⁶, Schwierigkeiten angesichts der Gründung dieses in ihren Augen ungenehmigten Vereins. In der Zeit zwischen dem Gründungsaufwurf und dem ersten Historikertag im September 1949 zeigte sich auch, daß Gerhard Ritter in seiner geplanten Führungsrolle keineswegs unumstritten war. Zwischen Heimpel, Aubin, Baethgen und Grundmann ergab sich ein vertraulicher Briefwechsel über die Chancen und Konsequenzen einer eventuellen Wahl Ritters zum Vorsitzenden des Verbandes. Heimpel sah „auch bei anderen Kollegen zwar nicht Opposition, aber eine gewisse Unlust gegenüber seiner (d. h. Ritters) Führung“, vor allem aber, daß „in katholischen Kreisen viel Opposition gegen Ritter ist“. Baethgen bestätigte diese kritischen Überlegungen und schlug seinerseits Herbert Grundmann als Vorsitzenden vor, eine Alternative, die jedoch an dessen Weigerung zu kandidieren scheiterte⁷⁷.

Unmittelbar nach Kriegsende waren sowohl von Meinecke als auch von Ritter eindeutige und durchaus repräsentative Forderungen nach einer „totalen Umstellung unseres deutschen Geschichtsdenkens“ (so Ritter)⁷⁸ gestellt worden. Auch Fritz Hartung ging in einer Rede im Jahre 1946 davon aus, daß die deutsche Geschichtswissenschaft eine Mitverantwortung an der geistigen Vorbereitung des Nationalsozialismus trage. Sie sei verantwortlich dafür, „daß das deutsche Volk aus dem Zusammenbruch von 1918 nichts gelernt“ habe⁷⁹. Noch 1948 erklärte Ritter „die nüchterne, gründliche, nach beiden Seiten vorurteilslose Revision des herkömmlichen Geschichtsbildes zu einer unmittelbaren politischen Pflicht“⁸⁰.

Auch über die bislang genannten Historiker hinaus war das Thema der „Revision des Geschichtsbilds“ ein beherrschendes publizistisches Thema, dessen Ausläufer bis weit in die fünfziger Jahre reichten. Den in der öffentlichen Diskussion erhobenen, re-

⁷⁵ Die Denkschrift vom 5.8.1949 in Archiv VHD 1.

⁷⁶ Ritter-Briefe, Nr. 131, Anm. 3. Ritter sprach im Februar 1947 in einem Brief an Rassow davon, daß er überlege, Freiburg eventuell zu verlassen, wo „dem Wirken eines nationalen deutschen Historikers bestimmte Grenzen gezogen sind“ (UA Köln 183/39).

⁷⁷ Heimpel an Baethgen am 30.7.1949 und dessen Antwort vom 6.8.1949 in Archiv VHD 1.

⁷⁸ Ritter, *Geschichte als Bildungsmacht*, 37. Vgl. auch seine Beteiligung an den schon erwähnten Richtlinien für einen neuen Geschichtsunterricht.

⁷⁹ Das Zitat aus einer Rede Hartungs bei *Werner Schochow*, Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967), in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 32 (1983) 218–250, hier 225. Vgl. auch *Werner Berthold*, *Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution* (Berlin 1970) 218 ff. über Hartungs Mitarbeit an der „Kommission zur demokratischen Erneuerung des Geschichtsunterrichts“.

⁸⁰ *Gerhard Ritter*, *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens* (München 1948) 8.

lativ pauschalen Forderungen nach einer „Revision“ stellten sich freilich schon erstaunlich früh die Historiker verschiedenster Richtungen entgegen, die eher ihre Aufgabe darin erkannten, vor einer neuen politischen Verwendung der Geschichtswissenschaft zu warnen⁸¹. Gerhard Ritter gewöhnte es sich in diesen Jahren an, nur noch von „Notwendigkeit und Gefahren einer Revision des deutschen Geschichtsbildes“ zu sprechen⁸², Otto Vossler gab sich schon 1947 überzeugt davon, „daß die Geschichte, sofern sie Geschichte, also Ausdruck eines echten Glaubens und nicht Publizistik war, weit weniger umzulernen hat, als man jetzt vielfach sagt“⁸³. So wurde die partielle Bereitschaft zur Revision durch den jetzt heftig bemühten Schutzwall der „Objektivität“, die Abwehr neuer politischer Vereinnahmung durch die erzwungene „Demokratie“ und den salvatorischen Hinweis auf die „wahre Geschichte“ eher begrenzt als gefördert. „Revision des Geschichtsbilds“ wurde so zu einer Forderung der moralisch argumentierenden Publizistik, politischer Parteien und einiger „unzufriedener“ Privatdozenten. Als solcher wurde der Meineckeschüler Johann Albrecht von Rantzaу bezeichnet, der sich in England kritisch über Ritter geäußert und damit den Angriff Geoffrey Barracloughs auf Ritter vorbereitet hatte. Seine Ranke- und Ritter-kritischen Publikationen des Jahres 1950 blieben jedoch eine Ausnahme im Spektrum der Äußerungen der Historiker dieser Zeit⁸⁴.

Angesichts solch widersprüchlicher Äußerungen zum Problem der „Geschichtsrevision“ ist zu fragen, wie der neugegründete Historikerverband der Aufgabe der „Revision“ gerecht wurde. Man hätte nach allen feierlichen Erklärungen der unmittelbaren Nachkriegszeit ein klares Wort in dieser Richtung erwarten können, eine moralische Selbstverpflichtung zur intensiven Kooperation mit ausländischen Historikern, zu neuem Austausch mit den emigrierten Kollegen und ihren neuen Heimatländern – wenn nicht sogar mehr. Wer unter dieser Erwartungshaltung Ritters Eröffnungsrede des Historikertages liest, wird enttäuscht, gerade wenn man sie an der Selbstkritik der unmittelbaren Nachkriegszeit mißt⁸⁵. Wie wenig Ritter und der Verband insgesamt zur möglichen moralischen Wiedergutmachung beitrugen, läßt sich aus einer Bemerkung des Vorsitzenden des französischen Historikerverbandes Fawtier erschließen, die dieser Ritter gegenüber 1949 in Monte Carlo machte. Ritter berichtete Anfang 1950 seinen Vorstandskollegen, daß Fawtier ihm vorgehalten habe, daß die deutschen Hi-

⁸¹ Vgl. etwa *Walter Hofer*, Über das Problem einer Revision des deutschen Geschichtsbildes, in: *Europa-Archiv* 4 (1949) 1801–1809.

⁸² So der Titel eines Vortrags, der 1949 in den Mitteilungen der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademie veröffentlicht wurde, hier zitiert nach *Wilhelm Schüssler*, Um das Geschichtsbild (Gladbeck 1953) 9–35, hier 35.

⁸³ So Vossler in einem Brief an Rassow vom Februar 1947 in UA Köln, 197/39.

⁸⁴ *Johann Albrecht von Rantzaу*, Das deutsche Geschichtsdenken der Gegenwart und die Nachwirkungen Rankes, in: *GWU* 1 (1950) 514–524 und *ders.*, Individualitätsprinzip, Staatsverherrlichung und deutsche Geschichtsschreibung, in: *Die Sammlung* 5 (1950) 284–299. v. Rantzaу wurde nach einer Tätigkeit als Dozent an der Universität Hamburg 1954 auf einen Lehrstuhl an der TU Berlin berufen.

⁸⁵ Verkürzter Abdruck der Rede in *HZ* 170 (1950) 1–22. Wichtige Ergänzungen zur Rede bietet Gerhard Ritter, *Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, in: *GWU* 1 (1950) 81–96 und 129–137.

storiker nicht auf die Ermordung Marc Blochs reagiert hätten. Ritter nahm diesen Tadel zum Anlaß, eine Würdigung Blochs durch Walter Kienast in der Historischen Zeitschrift anzuregen⁸⁶, ohne jedoch über weitergehende Konsequenzen nachzudenken, die dem Verband wohl angestanden hätten⁸⁷.

Ritter ging seine Aufgabe in der Form einer „kritischen Besinnung“ auf die Grundlagen der deutschen Geschichtsschreibung an. Der Grundtenor dieser Überprüfung des Bodens, auf dem man stand, fiel eigentlich nicht ungünstig aus. Rankes Vorliebe für die Außenpolitik habe einen „Reichtum echter und tiefer Einsichten“ erschlossen, aber in der Hand von „Epigonen“ sei eine solche Historie nicht frei von Gefahren gewesen. Die verstehende Wissenschaftlichkeit der Geschichtswissenschaft dürfe nicht ihr Ziel aus den Augen verlieren, für die Öffentlichkeit zu arbeiten. Eine „social science“ im Sinne der amerikanischen Reeducationspolitik aber sei abzulehnen⁸⁸. Auch sah Ritter keinen Anlaß, an der individualisierenden Methode zu rütteln, doch die „überlieferte Scheu vor generalisierender Geschichtsbetrachtung“ dürfe nicht zur „Gedankenlosigkeit“ werden, Typenbildung solle zum „heuristischen Hilfsmittel“ werden. Damit war für Ritter die Frage der methodologischen Revision eigentlich schon abgetan. Der Rest seiner Rede war vor allen Dingen den Forderungen dieser Tage gewidmet, praktischen Fragen also der Archivbenutzung, der Bibliotheken, der Nachwuchsförderung und der Reisemöglichkeiten, der Rückführung der deutschen Archivbestände. Auch die Ausbildung der Historiker wollte Ritter verändert sehen. Mehr staatswissenschaftliche und soziologische Ausbildung erschien ihm wesentlicher als die traditionelle Ausbildung in den philologischen Methoden der Althistoriker und Mediävisten. Spuren dieser Forderung in der universitären Reformdiskussion dieser Jahre oder gar ihre Realisierung lassen sich jedoch nicht feststellen.

Der Tenor dieser Rede war insgesamt defensiv. Ritter verteidigte die deutsche Geschichtswissenschaft gegen Kritiker aus dem Ausland, d.h. die schon erwähnten pauschalen Verurteilungen der deutschen Geschichte. Aus den Reaktionen einzelner Kritiker geht auch hervor, daß Ritter ausdrücklich den englischen Historiker Geoffrey Barraclough angriff, der ihn in einem aufsehenerregenden Artikel kritisiert hatte⁸⁹. Es ist nachträglich von besonderem Interesse, daß der Eindruck der Rede Ritters bei vielen Beobachtern ein durchaus zwiespältiger war. Ernst Deuerlein schrieb in der „Tagesspost“, daß dem ganzen Historikertag nur der „halbe Mut zur Wahrheit und zur Behandlung der geschichtlichen Probleme, die nicht nur den deutschen Historikern, sondern dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit auf den Nägeln brennen“, anhaftete⁹⁰. Er sprach von „den zwiespältigen Erklärungen Ritters“, und für den Beobachter

⁸⁶ Sie erschien in der HZ 170 (1950) 223–225.

⁸⁷ Der Brief Ritters vom 2.2.1950 in Archiv VHD 2.

⁸⁸ Vgl. dazu *Jutta-B. Lange-Quassowski*, Neuordnung oder Restauration? Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung – Schulstruktur – Politische Bildung (Opladen 1979) bes. 216 ff.

⁸⁹ Die Erwähnung Barracloughs geht aus einem Ritter gegenüber kritischen Brief Hartungs an Aubin vom 8.7.1950 hervor. Unklar bleibt, ob dies in der „Rede“ oder in einer anderen Diskussion des Historikertages geschah.

⁹⁰ Tagesspost vom 4. Oktober 1949.

von „Christ und Welt“ ergab sich keine Antwort auf die Frage, ob hier ein neues Geschichtsbild entstehen könne⁹¹. Auch der katholische Historiker und Soziologe Alfred von Martin gewann aus der Münchener Rede den Eindruck einer „Stellungnahme gegen die Revision des deutschen Geschichtsbildes“ und des „Grosspreussentums“, eine Interpretation, gegen die sich Ritter im brieflichen Verkehr mit von Martin heftig verwahrte⁹². Wilhelm Treue schließlich kritisierte das Fehlen einer „grundsätzlichen Äußerung und Stellungnahme“ zu den Umwälzungen der letzten Jahre, bezog sich dabei aber mehr auf den ganzen Historikertag als auf die Rede Ritters⁹³. Alle diese Bemerkungen zeigen, daß die Rede ganz offensichtlich höchst unterschiedlich verstanden wurde und in der Situation des Jahres 1949 von vielen Zeitgenossen als eine zu wenig eindeutige Absage an die Traditionen des Preußentums interpretiert wurde.

Positiv bot Ritter der ratlosen Zunft erneut den Begriff der „Objektivität“ an, einer Objektivität freilich, die für Ritter in höherem Maße gegenständlich war als etwa für Meinecke. Objektivität war für Ritter nicht etwa nur eine regulative Idee im Sinne eines stetigen Wechsels zwischen Wahrheit und Irrtum, sondern Objektivität bedeutete für ihn, wie Klaus Schwabe überzeugend herausgearbeitet hat⁹⁴, die fortwährende Teilhabe an der Schaffung eines Bestands überzeitlicher Wahrheiten: „Ich glaube an die überzeitliche Gültigkeit sittlicher Normen und an die Verpflichtung des Geschichtsschreibers, sie auch in seinem Urteil über geschichtliche Phänomene rücksichtslos zur Geltung zu bringen“, schrieb er schon 1936 an Meinecke und gab sich damit diesem als Anhänger „naturrechtlichen“ Denkens zu erkennen⁹⁵.

Soweit dies heute zu sehen ist, wurde diese Auffassung Ritters damals nicht eigentlich zur Kenntnis genommen. Sie ist aber ein sprechender Hinweis auf die problematische Kategorie der „Objektivität“, die in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten in ständiger funktionaler Verbindung mit dem Namen Rankes eine zentrale Rolle für die Legitimierung der Geschichtswissenschaft gespielt hat, ohne daß man sich der Weiterungen dieses Begriffs klar gewesen ist⁹⁶. Es verwundert auch, wenn in jenen für die Ausübung von Wissenschaft so schwierigen Jahren so schnell von „Objektivität“ gesprochen wurde, die z. B. auch von den materiellen Voraussetzungen von Wissenschaft abhängig ist. Archive und Bibliotheken waren zerstört oder noch ausgelagert, wichtige Bestände gerade der neuesten Geschichte deutschem Zugriff entzogen, jedermann spürte, daß der herausziehende Konflikt der Großmächte auch auf das wissenschaftliche Tun zurückwirkte. Wie sollte unter diesen Umständen Objektivität überhaupt möglich sein?

Man wird deshalb feststellen können, daß sich die Kategorie der „Objektivität“ den

⁹¹ Christ und Welt vom 29. Sept. 1949.

⁹² So Ritter in seinem Brief an v. Martin vom 22. 5. 1950.

⁹³ Deutsche Universitäts-Zeitung, 4. Jahrg. Nr. 19 vom 7. Okt. 1949, S. 15.

⁹⁴ Ritter-Briefe, Einleitung, 158 f.

⁹⁵ Ritter-Briefe, Nr. 73 als Reaktion auf Meineckes Buch „Die Entstehung des Historismus“.

⁹⁶ Eberhard Kessel griff in seiner Marburger Antrittsvorlesung (gedruckt in: Universitas 2 (1947) 915–924) auf die Ranke'sche Objektivität ebenso zurück wie Hans Herzfeld. Vgl. Gerhard A. Ritter, Hans Herzfeld. Werk und Persönlichkeit, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 32 (1983) 13–91, hier 53.

Historikern jener Jahre als willkommener Fluchtraum anbot, der eine Reihe wichtiger Funktionen erfüllen konnte. Innerfachlich schuf er die Möglichkeit, die Entwicklung der jüngsten deutschen Geschichte und die Rolle der Geschichtswissenschaft als Abweichung vom Gebot der Objektivität darzustellen. Damit bot sich auch eine einleuchtende Erklärung für das Verhalten jener „Afterwissenschaftler“ (so Ritter) an, die direkt Positionen des Nationalsozialismus vertreten oder sich diesen verbal angenähert hatten⁹⁷. Gegenüber der Öffentlichkeit ließ sich die Rückkehr zur Ranke'schen Objektivität als Rückkehr zu den geheiligten Grundlagen der Wissenschaft darstellen, und so war zweifellos verlorenes Terrain wiederzugewinnen, auch wenn eine kritische Öffentlichkeit – hier vor allem katholische Positionen – eindeutige Erklärungen erwartete.

Diese „Objektivität“ war daneben auch ein willkommener Schutz, um etwaige Eingriffe der Besatzungsmächte in das Innenleben der Geschichtswissenschaft abzuwehren. Auf der hier interessierenden akademischen Ebene war dies freilich nur eine geringe Gefahr, denn trotz anfänglicher Bemühungen zur „Säuberung“ und „Demokratisierung“ der Universitäten ließen sich diese Pläne angesichts der dringend benötigten Hochschullehrer nicht verwirklichen⁹⁸. Die Kategorie „Objektivität“ ließ sich aber auch als nützliches Argument in den Auseinandersetzungen einsetzen, die in jenen Jahren um die Einrichtung und Ausrichtung des späteren Instituts für Zeitgeschichte entbrannten. Von den ersten Überlegungen zu einer solchen Institution, die bereits im Herbst 1945 geäußert wurden, bis zu ihrer tatsächlichen Einrichtung im Jahre 1949/50 stand das Institut im Widerstreit „volkspädagogischer“ Absichten einerseits, wie sie vor allem von politischer Seite entwickelt wurden, und wissenschaftlichen Interessen, wie sie vor allem der unter Ritters Führung stehende Historikerverband repräsentierte. „Niemals im Laufe der deutschen Geschichte ist die objektive, unvoreingenommene Erforschung und Darstellung zeitgeschichtlicher Vorgänge so dringend notwendig gewesen wie heute“, schrieb Ritter in seiner Denkschrift vom Oktober 1949⁹⁹. Ritter vertrat sein Konzept eines „wissenschaftlichen“ Instituts zur Erfor-

⁹⁷ Dazu die Einzelnachweise in den Standarddarstellungen von *Helmut Heiber*, *Walter Frank* und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland (Stuttgart 1966), *Michael H. Kater*, *Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches* (Stuttgart 1974), *Karl Ferdinand Werner*, *Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft* (Stuttgart 1967) und *Volker Losemann*, *Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Fachs Alte Geschichte* (Hamburg 1977) sowie *Klaus Schreiner*, *Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: *Peter Lundgren* (Hrsg.), *Wissenschaft im Dritten Reich* (Frankfurt/M. 1985) 163–252.

⁹⁸ Vgl. dazu *Karl-Ernst Bungenstab*, *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–49* (Düsseldorf 1970) bes. 123 f.

⁹⁹ Die Gründungsgeschichte des Instituts ist inzwischen aus den Akten heraus rekonstruiert worden. Vgl. *John Gimbel*, *The Origins of the Institut für Zeitgeschichte: Scholarship, Politics and American Occupation*, in: *American Historical Review* 70 (1964/65) 714–731 und *Helmuth Auerbach*, *Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970) 529–554. Das Zitat Ritters aus Ritter-Briefe, Nr. 160, S. 456. – Zum Begriff der Zeitgeschichte vgl. *Hans Rothfels*, *Aufgaben der Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953) 1–13. Auch das Archiv des VHD enthält eine Fülle einschlägigen Materials betr. die Gründung des Instituts.

schung des Nationalsozialismus mit aller Konsequenz in Reden, Denkschriften und Briefen. Er geriet dabei in z. T. heftigen Widerspruch vor allem zu Teilen der bayerischen Staatsregierung und des von den Länderregierungen präsentierten Geschäftsführers des Instituts Dr. Gerhard Kroll, eines CSU-Abgeordneten, dessen Name Ritter Anlaß zur Verunglimpfung der Anfangsphase des Instituts als „Krolloper“ gab. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung kam es auch zu erheblichen Angriffen auf die wissenschaftliche Reputation Ritters, als ein von Karl Buchheim erstelltes Gutachten Ritters verbale Anpassung an das Dritte Reich aufgriff und als von Kroll lancierte Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ die Diskussion um die Person Ritters in eine größere Öffentlichkeit trugen¹⁰⁰.

Ordnet man diese von umfangreichen Presseveröffentlichungen begleiteten Kämpfe in unsere Fragestellung ein, ergibt sich jedoch ein nur geringer Ertrag unter dem uns interessierenden Gesichtspunkt der methodologischen Diskussion. Man wird diese Kontroversen eher als einen heute nur mehr schwer nachvollziehbaren Richtungskampf im konservativen Lager verstehen müssen, so sich eine, wie Ritter sie nannte, „katholische Parteilique“ gegen seine eigene protestantisch-preußische Grundauffassung wandte¹⁰¹. In dieser Auseinandersetzung wurde auch deutlich, daß Ritter dem gerade auf katholischer Seite stark vertretenen Gedanken einer abendländisch-christlichen Erneuerung der Geschichte relativ fern stand¹⁰². Diese wurde vor allem von dem schon erwähnten katholischen Historiker und Soziologen Alfred von Martin vertreten, aber auch – jedoch in abgeschwächter Form – vom Herausgeberkreis des „Historischen Jahrbuchs der Görresgesellschaft“, das nach der Neugründung der Gesellschaft in Heidelberg 1946 seit 1949 wieder erscheinen konnte¹⁰³.

¹⁰⁰ Die Artikel erschienen am 24./25.6.1950 in der „Süddeutschen Zeitung“. Am 16.12.1950 griff ein Artikel von Otto B. Roegele im „Rheinischen Merkur“ die Politik des VHD und Ritters an, so daß Hermann Heimpel dem ihm bekannten Verfasser einen empörten Brief schrieb, in dem er Ritter vehement verteidigte (Archiv VHD 2–3).

¹⁰¹ Vgl. dazu Ritter an Alfred Vagts in Ritter-Briefe, Nr. 175, ebd. auch S. 476 der Ausdruck „Krolloper“. Ritter ließ selbst keinen Zweifel daran, wo er seine Feinde sah. Er sprach von „gross-deutschen, anti-preussischen Kreisen“, die jetzt auf Schule und Studentenschaft einzuwirken versuchten, das „Neue Abendland“ in Augsburg und „Der Föderalist“ in Konstanz hätten „giftige Pfeile“ auf ihn abgeschossen.

¹⁰² Der protestantisch-katholische Gegensatz spielte auch in der Programmplanung des ersten Historikertags eine gewisse Rolle, wenn im Vorstand die Notwendigkeit betont wurde, in München einen repräsentativen katholischen Historiker in der Mittelaltersektion zu Wort kommen zu lassen. Archiv VHD 1.

¹⁰³ Vgl. dazu das Vorwort von Johannes Spörl in Bd. 62–69, 1942–1949 und Spörls Vortrag („Neuorientierung in der historischen Forschung?“) auf der Generalversammlung der Görresgesellschaft in Köln 1949, gedruckt in: Jahresbericht der Görres-Gesellschaft 1949 (Köln 1950) 55–64. Spörl konnte sich „des Eindrucks nicht erwehren, daß etwas in den bisherigen Geschichtsüberlegungen nicht in Ordnung gewesen sein konnte“, warnte aber auch vor einer unreflektierten, jetzt demokratischen Interpretation der deutschen Geschichte, für die er schon Beispiele zitierte. In der Auseinandersetzung um die „Denunziation“ des von Ritter geführten VHD beim Internationalen Historikerverband als „Clique“ distanzierte sich Spörl von dem Vorgehen v. Martins.

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß der katholische Historiker Wilhelm Wühr 1947 in Freising einen „Arbeitskreis christlicher Historiker“ gegründet hatte¹⁰⁴, in dem – um nur einige Beispiele zu nennen – der Mainzer Landeshistoriker Ludwig Petry 1948 über Ranke, Droysen, Burckhardt und Riehl referierte, an dem die Mediävisten Theodor Schieffer und Heinrich Büttner, der Südosteuropahistoriker Georg Stadtmüller, der Wirtschaftshistoriker Wolfgang Zorn, der Archivar und Landeshistoriker Ernst Klebel, der Neuzeithistoriker Heinz Gollwitzer und der Philosoph Karl Holzamer mitarbeiteten. Der Kreis wollte eine „Möglichkeit des rückhaltlosen Gesprächs für Angehörige beider Konfessionen, die das Christentum als Geschichts- und Gegenwartsmacht ernstzunehmen gewillt sind“, bieten¹⁰⁵.

Der frühe Tod Wührs im Juni 1950 im Alter von 45 Jahren beendete zwar nicht unmittelbar die Aktivitäten dieses eher lockeren Kreises, doch scheint dieser nicht sehr weit über den Beginn der fünfziger Jahre hinaus bestanden zu haben, obwohl Wührs Frau und ein kleines Komitee die weitere Koordination der inzwischen entstandenen regionalen Gruppen übernommen hatten¹⁰⁶. Unklarheiten über eine inhaltliche Füllung des Begriffs „christlicher Historiker“, die starke Anbindung des Kreises in Nordrhein-Westfalen an die katholische Kirche, vor allem aber der Ausfall von Wühr selber, der als Motor der ganzen Bewegung gedient hatte, verursachten den Zerfall der Aktivitäten seit 1951/52. Wenn auch außer der Berichterstattung in der Tagespresse der Kreis offensichtlich keine größere wissenschaftliche Publizität fand, muß der spontane Anklang, den die Aktivität Wührs fand, doch als Indiz eines relativ großen Nachholbedarfs an intellektuellem Austausch und Verarbeitung der eigenen Erfahrungen, als Suche nach neuen Orientierungen, verstanden werden¹⁰⁷. Die bislang eher spärlichen Nachrichten über diesen Arbeitskreis, der offenbar ein Zusammenschluß jener Gruppe von Historikern war, die der Ritterschen Interpretation deutscher Geschichte und seinem eher reduzierten Bedarf an Revision kritisch gegenüberstanden, sind auch ein Symptom für das bislang noch ganz unzureichend erforschte Innenleben der Historikerkunft nach 1945.

¹⁰⁴ Wühr gehörte auch zu den Teilnehmern der deutsch-französischen Historikertagung in Speyer 1949, auf der er beauftragt worden war, die dort entwickelten Vorschläge zur Schulbuchrevision zu verwirklichen. Vgl. den Bericht über die Speyerer Tagung in GWU 1 (1950) 53.

¹⁰⁵ So die Formulierung in einem Rundschreiben nach dem Tode Wührs.

¹⁰⁶ So wurde z. B. im November 1949 in Düsseldorf eine „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Historiker in Nordrhein-Westfalen“ gegründet, die im September 1950 in Bonn eine Tagung über „Moral und Politik in der Geschichte“ veranstaltete und noch bis 1953 tätig war. Ich verdanke Herrn Dr. Robert Frohn (Köln) wichtige Hinweise auf die Aktivitäten der nordrhein-westfälischen Arbeitsgemeinschaft.

¹⁰⁷ Für die Informationen über den Wühr'schen Kreis, wie er in der Korrespondenz oft genannt wurde, bin ich Herrn Kollegen Ludwig Petry (Mainz) sehr dankbar, der mir freundlicherweise Kopien seiner eigenen Unterlagen zur Verfügung stellte. Ausführlicher werde ich auf den Kreis in der in Anm. 1 genannten Buchveröffentlichung eingehen.

VII

Der Blick auf die Geschichtswissenschaft der westlichen Zonen nach 1945 und bis zur Neuorganisation des Historikerverbandes und der parallel erfolgten Neugründung des Geschichtslehrerverbandes¹⁰⁸ hat eine Fülle von Absichtserklärungen und wichtigen moralischen Impulsen ergeben. Doch alle diese Erklärungen verblieben im Rahmen des tradierten methodologischen Konsensus und der „bewährten“ forschungsleitenden Begriffe, wenn sich hier auch manche Differenzierungen erkennen lassen, die in der zeitgenössischen Diskussion nicht beachtet wurden. Zwar finden sich bei Ritter und anderen Hinweise auf das „großartige Werk Max Webers“, doch wird in der Summe der Ausführungen sehr klar, daß damit keineswegs die Empfehlung verbunden war, in Zukunft mit Weberschen Kategorien zu arbeiten. Von daher erklären sich auch die erkennbaren Aversionen gegen alle Formen der Annäherung an „social“ oder „political science“. So könnten wir unseren Blick über diese Periode an diesem Punkt beruhigt abschließen und allfällige Innovationen späteren Entwicklungsphasen zuweisen.

Doch dieses Urteil träfe nicht den wirklichen Stand der Dinge, wie er sich zumindest für die Zeit von 1949 bis 1953 erkennen ließ. Ich greife hier über den zunächst im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehenden Zeitraum bewußt hinaus, weil wesentliche Anregungen zu der nach 1950 einsetzenden Diskussion um Sozial-, Kultur- und Strukturgeschichte schon vorher gegeben worden waren. Die Diskussion um diese Begriffe ist keineswegs eine Folge der Rezeption französischer Ansätze, sondern ist eher als eine Neuformulierung und Weiterführung von Forschungsansätzen zu bezeichnen, die schon während der Weimarer Republik und des „Dritten Reichs“ entwickelt worden waren. Diese These soll im letzten Teil dieses Beitrags belegt werden.

Ansatzpunkt unserer Beobachtungen ist der zweite Nachkriegshistorikertag in Marburg von 1951, auf dem eine Sektion mit dem überraschenden Titel „Soziologie und Historie“ durchgeführt wurde. Die Vorgeschichte dieser Sektion läßt sich nach den verfügbaren Quellen soweit erschließen, daß Gerhard Ritter selbst schon im Juni 1950 einen ungefähren Plan für den nächsten Historikertag entwickelte, der auch eine Sektion für „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ vorsah. Diese kam jedoch trotz deutlicher Kritik am Münchener Historikertag von Werner Conze zunächst nicht zustande. Conze hatte gegenüber Aubin den Wunsch nach mehr Sozialgeschichte ausgesprochen: „Sie müßte weit stärker als bisher das Ganze durchdringen.“¹⁰⁹ Im Oktober des gleichen Jahres lud Ritter dann den Soziologen Hans Freyer ein, auf dem Marburger Historikertag einen Vortrag zu halten: „Es schwebt uns vor, daß hier ein Bericht gegeben werden sollte über die Rolle, die die Soziologie, vor allem in West-Europa und

¹⁰⁸ Der Verband wurde ebenfalls in München neugegründet. Sein erster Vorsitzender, der Detmolder Oberstudiendirektor Dr. Gerhard Bonwetsch, äußerte sich in der Gründungsversammlung eindeutig über den „schuldhaften Irrweg, der nicht erst mit Hitler begann“. Das Protokoll der Gründungsversammlung, auf der Karl Bosl zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurde, in Archiv VHD 1.

¹⁰⁹ Conze an Aubin am 19.10.1949 in Archiv VHD 2.

Amerika, in der Geschichtswissenschaft spielt im Gegensatz zu den Traditionen der Ranke-Schule.“ Gleichzeitig nahm er Kontakt mit Theodor Schieder auf, der ein kritisches Korreferat zu Freyer und Siegfried Landshut halten sollte, dem die Präsentation der marxistischen Theorien obliegen sollte. Ihn hatte Ritter erst kurz zuvor bei einer Tagung in Königstein kennengelernt, und er befreite ihn aus der Verlegenheit, keinen Marxisten zu finden¹¹⁰. Wie der Kontakt zwischen Ritter und Freyer hergestellt wurde und wie die Sektion definiert wurde, läßt sich aus dem verfügbaren Quellenmaterial nicht näher erschließen.

Mit dem bis 1938 in Leipzig als Nachfolger von Karl Lamprecht und Walter Goetz tätigen Soziologen und Historiker Hans Freyer, der eben mit einer zweibändigen „Weltgeschichte Europas“¹¹¹ hervorgetreten war, betrat ein bemerkenswerter Mann die Bühne des Marburger Historikertages, dessen Rolle bei der Formulierung einer „deutschen Soziologie“ während des Nationalsozialismus gerade in letzter Zeit intensiv diskutiert worden ist¹¹². Hervorzuheben ist auch, daß für Theodor Schieder dieser kurze Vortrag in einem engen Zusammenhang mit der Arbeit an seinem Artikel über den „Typus in der Geschichtswissenschaft“ stand, der im folgenden Jahr publiziert wurde¹¹³. Da dieser Artikel sowohl für Theodor Schieder als auch für seine Schüler und darüber hinaus einen wesentlichen Teil der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft zum Beginn einer methodologischen Neuorientierung wurde, soll hier noch einmal näher auf diese Sektion, mehr aber noch auf ihren Hintergrund und ihre Begleitumstände, eingegangen werden.

Hans Freyer deutete – in Aufnahme seiner schon 1930 entwickelten Gedanken – die Soziologie als „Produkt des 19. Jahrhunderts, konkreter gesprochen: (als) ein Produkt der bürgerlichen Revolutionen“. Lorenz von Stein, Karl Marx und Wilhelm Heinrich Riehl erkannten um 1848 die neue Bedeutung der „Gesellschaft“, die sich vom Staat abzulösen begann. In Anlehnung an Dilthey sah Freyer über den engeren Entstehungszeitraum der bürgerlich-industriellen Gesellschaft hinaus nun die Möglichkeit, alle historischen „Sachzusammenhänge“ auch systematisch zu erfassen: „Das ganze Material, mit dem es der Historiker zu tun hat, ist sozusagen systematisch quer-gestreift.“¹¹⁴ Mit Beispielen unterlegt, plädierte Freyer für eine systematische Anwendung dieser Kategorien, sowohl von der Soziologie als auch von der Historie aus, natürlich verwies er auch auf Max Weber.

¹¹⁰ Der Briefwechsel mit Freyer, Schieder und Landshut ebd., 3 und 4.

¹¹¹ Wiesbaden 1948. Vgl. auch *ders.*, Weltgeschichte, in: Die Sammlung 2 (1947) 143–152.

¹¹² Zu Freyer ist jetzt vor allem heranzuziehen *Elfriede Üner*, Jugendbewegung und Soziologie. Wissenschaftssoziologische Skizzen zu Hans Freyers Werk und Wissenschaft bis 1933, in: *Rainer M. Lepsius* (wie Anm. 128), 131–159 sowie die zu erwartende größere Arbeit der Verf. über Freyer und andere Beiträge dieses Bandes. Vgl. auch *Waldemar Gure*, Das politische Denken Hans Freyers in den Jahren der Zwischenkriegszeit (Phil. Diss. Freiburg 1967) und jetzt *Jerry Z. Muller*, *The Other God that failed. Hans Freyer and the deradicalization of german conservatism* (Princeton N. J. 1988).

¹¹³ Vgl. *Studium Generale* 5 (1952) 228–234.

¹¹⁴ Vgl. *GWU* 3 (1952) 16.

Anders als Freyer ging Schieder von einer langen Tradition der Gegeneinanderentwicklung von Geschichte und Soziologie aus, Droysen und Treitschke wurden als Beleg herangezogen, weil gerade Treitschke in einer speziellen Lehre von der Gesellschaft 1859 ein Sichabfinden mit dem Fehlen eines deutschen Nationalstaats befürchtete. Schieder begrüßte Freyers historisch gegründete Soziologie, wobei er dessen „Sachzusammenhänge“ als Strukturen übersetzte. An Ranke und Burckhardt anknüpfend, sah er die Notwendigkeit, neben der historischen Individualität auch die „Individualität des Menschlichen“ schlechthin – also Strukturen anthropologischer Art – zu erkennen, auch deshalb, um sich in der fragwürdigen Lage der Gegenwart durch den systematischen Vergleich besser informieren zu können. Freyers „Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft“¹¹⁵ und Otto Hintzes Arbeiten seien Beispiele für wichtige, sich ergänzende Überschneidungen beider Disziplinen¹¹⁶.

Marburg war ein wichtiger Versuch, zu einer Klärung und – vor allem auch – Propagierung der neuen Ideen zu gelangen. Schieder und Conze, der schon 1952 seinen Aufsatz über die „Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht“ publizierte und sich darin deutlich positiv zur französischen „Annales“-Schule äußerte¹¹⁷, ergriffen behutsam die Fahne der neuen Richtung, auf der in großen Buchstaben „Typus, Struktur, Sozialgeschichte“ zu lesen stand, und hielten sie im einsetzenden Gegenwind hoch. Dieses Bild soll das Diskussionsklima charakterisieren, das angesichts der sehr kritischen Äußerungen Ritters gegenüber den „Annales“-Historikern und der Kulturgeschichte entstanden war¹¹⁸.

Nach der Diskussion des Marburger Historikertages von 1951 könnte es so aussehen, daß die dort begonnene Soziologie-Diskussion eine Folge der Erfahrungen der deutschen Historiker auf dem Pariser Historikertag von 1950 gewesen wäre, wo sie zweifelsohne mit kontroversen französischen Auffassungen konfrontiert wurden. Die Geschichte präsentierte sich 1950 in Paris nach dem kritischen Urteil Karl Dietrich Erdmanns als „Demographie, Mentalitäts-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Institutionengeschichte. Es schien, daß die politische und die Ereignisgeschichte völlig an den Rand des historischen Interesses gerückt seien.“¹¹⁹ Die Einladung von Jacques Droz auf den Bremer Historikertag 1953, um dort im Rahmen einer Sektion „Methodologie und Geschichtsphilosophie“ in kritischer Absicht über „gegenwärtige Probleme der französischen Forschungen zur Neueren Geschichte“ zu sprechen, ist gewiß

¹¹⁵ Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Grundlegung des Systems der Soziologie (Leipzig, Berlin 1930).

¹¹⁶ Otto Hintze, Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, hrsg. und eingel. von Gerhard Oestreich (Ges. Abhandl. 2, Göttingen 1964).

¹¹⁷ Conze in GWU 3 (1952) 648–657, seine Äußerung zu Braudel ebd., 656.

¹¹⁸ Vgl. Gerhard Ritter, Zur Problematik gegenwärtiger Geschichtsschreibung, in: Lebendige Vergangenheit (München 1958) 89–112.

¹¹⁹ So noch das Urteil Erdmanns in: GWU 30 (1979) 549. Vgl. dazu die Einschätzung Hermann Heimpels, der in seinem kurzen Bericht über die Pariser Tagung die Dominanz der „historischen Anthropologie“ offensichtlich weniger besorgniserregend fand und sich wunderte, daß auf dem Kongreß keine Marxisten auftraten. Der Bericht in: GWU 1 (1950) 556–559.

ein Indiz dafür. Ritter selbst hatte nach der Rückkehr vom Pariser Kongreß seine kritischen Bemerkungen „Zum Begriff der Kulturgeschichte“ verfaßt, in denen er sich besonders mit einem Rapport von Pierre Francastel auseinandersetzte, den er schon auf dem Pariser Kongreß kritisiert hatte¹²⁰. Die Bemühungen der französischen Kollegen, mit Begriffen wie „mode de vie“ und „façon d'agir“ so etwas wie Mentalitätsgeschichte zu konzipieren, erschienen Ritter gänzlich unverständlich.

Auf demselben Historikertag hielt jedoch auch Otto Brunner seinen Vortrag über das „Problem einer europäischen Sozialgeschichte“. Der Vortrag Brunners ersetzte eine für Bremen eigentlich geplante eigene Sektion über „Sozialgeschichte“, die nicht realisiert wurde, weil Ritter ganz offensichtlich mehr an dem Vortrag gelegen war. Ritter schlug in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Vorstands des Verbands der Historiker Deutschlands im November 1952 vor, die eigentlich geplante 5. Sektion für Sozialgeschichte (Vorsitz Conze, Referent Steinbach) abzusagen und dafür einen eigenen Vortrag Otto Brunners anzusetzen. „Bei der Bedeutung Brunners“ sei das gerechtfertigt, und man könne Conze, Steinbach, Erich Keyser und vielleicht Walter Schlesinger über den Vortrag diskutieren lassen. Über die Absage der Sektion war vor allem Hermann Aubin besorgt, ohne damit freilich eine Änderung zu erreichen: „Die Sozialgeschichte hat in Deutschland bisher nie einen Boden gehabt, und eine solche Kundgebung, wie sie die Bildung einer eigenen Sektion ist, schien mir äußerst erwünscht.“ Mit Conze und Steinbach seien auch Forscher benannt worden, „die auf diesem Gebiet etwas Eigenes zu sagen haben“¹²¹.

Mit Otto Brunner und seinem Beitrag zur Neuformulierung eines Programms von Sozialgeschichte oder „Strukturgeschichte“, wie er später – sich Conze anschließend¹²² – formulierte, haben seine bisherigen Interpreten große Schwierigkeiten gehabt. Die überwiegend negativen Charakterisierungen als „Neohistorist“ treffen nicht den Kern seines methodologischen Konzepts¹²³. Das Problem braucht hier nur mehr knapp angedeutet zu werden. Brunners Ausgangspunkt war die Kritik der bisherigen, vorwiegend juristisch bestimmten Erforschung spätmittelalterlich-frühneuzeitlicher Herrschaftsverhältnisse, für ihn eine Konsequenz der liberalen Trennung von Staat und Gesellschaft. Diesem obsoleten Verfahren setzte Brunner sein Konzept einer – wie er 1943 formulierte – „politischen Volksgeschichte“ entgegen: „Nicht politische

¹²⁰ Vgl. Actes du IX^e Congrès International des Sciences Historiques Paris 1950 (Paris 1951) 164f.

¹²¹ Archiv VHD 2, Rundschreiben Ritter vom 20. 11. 1952 und Aubin an Ritter am 26. 11. 1952.

¹²² Conzes Beitrag zur Formulierung der modernen deutschen Sozialgeschichte ist jetzt von Wolfgang Schieder genauer untersucht worden, der dabei auch auf die begriffliche Unterscheidung von Sozial- und Strukturgeschichte hinweist. Vgl. *Wolfgang Schieder, Sozialgeschichte zwischen Soziologie und Geschichte. Das wissenschaftliche Lebenswerk Werner Conzes*, in: GG 13 (1987) 244–266. Vgl. auch *Jürgen Kocka, Werner Conze und die Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland*, in: GWU 37 (1986) 595–602 und zuletzt die Würdigung von *Reinhard Koselleck, Werner Conze, Tradition und Innovation*, in: HZ 245 (1988) 529–543.

¹²³ Vgl. zuletzt die kritische Würdigung Brunners durch *Otto Gerhard Oexle, Sozialgeschichte – Begriffsgeschichte – Wissenschaftsgeschichte. Anmerkungen zum Werk Otto Brunners*, in: VSWG 71 (1984) 305–341.

Geschichte, nicht Rechtsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte usw., die in einem antipolitischen, liberalen Sinne im Sammelbegriff der Kulturgeschichte äußerlich zusammengefaßt wurden, sondern politische Volksgeschichte heißt das Gebot der Stunde. Volksgeschichte aber kann nicht geschrieben werden ohne Darstellung der inneren Volksordnung, durch die das Volk seine jeweilige geschichtliche Formung erfährt.“¹²⁴ Selbst wenn es für den heutigen Leser „peinigend“ ist – wie Oexle formulierte – festzustellen, daß Brunners diesbezügliche Äußerungen seit 1933 auf dem theoretischen Boden der „Volksgemeinschaft“ nationalsozialistischer Prägung entstanden sind, führt doch kein Weg an dieser Tatsache vorbei. Erst durch die vom Nationalsozialismus und seinen ideologischen Vorläufern propagierte Verschmelzung von Staat und Gesellschaft in Form der „Volksgemeinschaft“ konnte Brunner zu der Erkenntnis vorstoßen, daß der Widerspruch zwischen politischer und Sozialgeschichte ein Nachfolgeproblem des liberalen Staatsverständnisses war, und nur deshalb sah er sich in der Lage, es mit dem historischen Schwung von 1933 vom Tisch zu wischen. Im übrigen bediente sich Brunner durchaus Freyer'scher Forderungen nach einer historisch gesättigten Begriffssprache, der schon 1930 in seinem Buch „Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft“ solche Forderungen – freilich für eine historische Soziologie – aufgestellt hatte.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß Brunner in diesen Jahren neben Freyer auch Wilhelm Dilthey und Theodor Litt, gewiß auch Otto Hintze rezipiert hatte.¹²⁵ Von daher war ihm der Doppelcharakter des Gegenstandes Geschichte, seine historische und systematische Analysefähigkeit, fest vertraut und zudem landeshistorisch immer präsent. Damit berühren wir ganz allgemein noch einmal die Bedeutung, die die Landesgeschichte für die Entwicklung eines umfassenden, ja „totalen“ Bildes von Geschichte gehabt hat.

Die Tatsache, daß der Beginn sozialgeschichtlicher Forschungen in der Bundesrepublik Deutschland eng mit den Namen von Hans Freyer, Otto Brunner und Werner Conze verbunden ist, lenkt den Blick auf die relativ enge Verbindung von Soziologie und Geschichtswissenschaft während des Dritten Reiches¹²⁶, wie sie sich in den Namen von Hans Freyer und Gunter Ipsen spiegelt, dessen Schüler Werner Conze war. Werner Conze gehörte zu einer Gruppe deutscher Soziologen, die unter der Leitung Ipsens am Internationalen Soziologenkongreß teilnehmen sollten, der für 1939 geplant war, dann aber nicht mehr stattfand¹²⁷. Insofern wird man den Auftritt Freyers

¹²⁴ So Brunner in der 3. Aufl. von Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter (Brünn, München, Wien 1943) 188.

¹²⁵ Dies wird deutlich aus seinem Beitrag über Sozialgeschichtliche Forschungsaufgaben, erörtert am Beispiel Niederösterreichs, in: Anzeiger der Phil.-Hist. Klasse der österr. Akademie der Wissenschaften 1948, Nr. 23, S. 335–362, bes. S. 347 und 351.

¹²⁶ Dazu jetzt die Untersuchung von Otthein Rammstedt, Deutsche Soziologie 1933–45 (Frankfurt/M. 1986) 59, Anm. 13, wo Rammstedt vor allem auf die Soziologisierung der Geschichtswissenschaft hinweist, die in den Projekten des „Ahnenerbes“ und des Reichsinstituts für Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands aufscheint.

¹²⁷ Die Beiträge wurden trotzdem gedruckt in Dimitrie Gusti (Hrsg.), Arbeiten des XIV. Int. Soziologenkongresses (Bukarest 1940/41). Der Beitrag Conzes über die „ländliche Überbevölkerung in Polen“ erschien in Band B/I. Diese Angaben nach Rammstedt, Deutsche Soziologie, 22.

auf den Historikertagen von 1951 und 1956, das besondere Eintreten Werner Conzes für die Sozialgeschichte bzw. für das Konzept der Strukturgeschichte, die bedeutende Rolle Otto Brunners bei der Formulierung einer spezifischen Untersuchungsstrategie der vorindustriellen Gesellschaft und begriffsgeschichtlicher Forschungen kaum als eine Neuschöpfung der Nachkriegszeit, als eine „neue deutsche Sozialgeschichte“ bezeichnen können. In den bislang vorgelegten Überblicken über die Genese sozialgeschichtlicher Forschungen sind zwar immer wieder die Namen von Brunner und Conze genannt worden, die sich um die theoretische Klärung und Fundierung der Sozialgeschichte erfolgreich bemühten, doch ist dabei die bemerkenswerte Kontinuität zwischen den methodologischen Konzeptionen und thematischen Schwerpunkten einer Soziologie der „Volksgemeinschaft“ und der Sozialgeschichte der Nachkriegszeit zu wenig beachtet worden¹²⁸. Gerade im Zusammenhang zwischen der intensiven soziologischen „Landvolk“-Forschung während des „Dritten Reiches“ und der intensivierte agrargeschichtlichen Forschung seit 1947/48 läßt sich diese Kontinuität belegen¹²⁹.

VIII

Wir können damit zum Schluß kommen und den Versuch einer Bewertung dieser ersten Nachkriegsjahre unternehmen. Ihre Bedeutung liegt auf den ersten Blick nur in jener moralischen Erhebung, die uns die Zeitschriften und Broschüren über die „Um- und Ab- und Irrwege“ – wie 1950 einmal spöttisch formuliert wurde – heute noch so beeindruckend widerspiegeln. Sie begannen jedoch schon bald „zu verblassen“, und um so wichtiger war, daß mindestens seit der Konstituierung der bundesrepublikanischen Historikerschaft eine neue Sehweise von Gesellschaft sich in der Geschichtswissenschaft anbahnte und die damit verbundenen methodologischen Konsequenzen bewußt wurden. Dabei konnte eine beachtlich lange, aber verschüttete Tradition aktiviert werden. Es hat den Anschein, daß die Erfahrung des Nationalsozialismus nicht nur die wirkliche „soziale Revolution“ für die deutsche Gesellschaft bedeutete, von der Ralf Dahrendorf, David Schoenbaum und andere gesprochen haben¹³⁰, sondern daß diese

¹²⁸ Die verschiedenen Beiträge in *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte* (Köln, Berlin ²1968), die sich mit der Genese dieser Sozialgeschichte befassen (die Einleitung Wehlers und die Beiträge von Conze und Hans Mommsen), schenken dieser Kontinuität keine Beachtung, die in diesem Band jedoch durch die Aufnahme des Beitrags von Hans Linde dokumentiert wird, eines Schülers von Hans Freyer, der zuletzt interessante Beobachtungen über die Arbeit des Leipziger Instituts unter Freyers Leitung in den frühen dreißiger Jahren vorgelegt hat. Vgl. *Hans Linde*, *Soziologie in Leipzig 1925–1945*, in: *Rainer M. Lepsius* (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945* (Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23/1981) 102–130.

¹²⁹ Vgl. etwa *Gunter Ipsen*, *Das Landvolk. Ein soziologischer Versuch* (Hamburg 1933) und *ders.*, *Programm einer Soziologie des deutschen Volkstums* (Berlin 1933).

¹³⁰ *David Schoenbaum*, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Mit einem Nachwort von Hans Mommsen* (München 1980, zuerst 1966); *Ralf Dahrendorf*, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (München ³1974) 431 ff.

Erfahrung auch den Durchbruch einer neuen Auffassung von Gesellschaft bewirkte, die sich fundamental von der Auffassung Ritters und Meineckes unterschied, für die Gesellschaft gleichbedeutend mit „Vermassung“ war. Im weitesten Sinne „völkische“ Fragestellungen der „deutschen Soziologie“ hatten einer neuen Sehweise von Gesellschaft den Weg auch in das Fragensystem der Geschichtswissenschaft bereitet. Mit diesem Vergleich, der aber auch durch entsprechende Einsichten über die Entwicklung der „deutschen Soziologie“ gestützt wird¹³¹, kommen wir wieder auf die eingangs gestellte Frage nach den komplexen Bedingungen für die Entwicklung von Geschichtswissenschaft zurück, für die die deutsche Nachkriegsentwicklung ein vorzügliches Beispiel darstellt. Die Geschichtswissenschaft auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland erlebte keinesfalls einen radikalen Umbruch ihrer methodischen Grundorientierungen und Leitthemen, aber sie unterlag den Wirkungen einer gesellschaftlichen Umstrukturierung durch die Herrschaft des Nationalsozialismus und seinen Zusammenbruch, die letztlich tiefer reichten, als es eine vordergründige „Revision“ nach 1945 hätte erreichen können.

¹³¹ Vgl. zuletzt *Carsten Klingemann*, Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument? Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945, in: *Rainer M. Lepsius* (Hrsg.) (wie Anm. 128) 273–307.